

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

XIV. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

23.-25. JANUAR 2014, RINGBERGHOTEL SUHL

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2014	4
Andrea PRAUSE	6
Sebastian STUDE	12
Mihaela PETKOVIC	16
Mark HOMANN	22
Moritz REININGHAUS	24
Philipp WILLE	30
Stefanie KRACHT	37
Kerstin LORENZ	44

XIV. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 23. Januar 2014, 14 Uhr
ENDE: Samstag, 25. Januar 2014, 13 Uhr
ORT: Ringberghotel in Suhl

Donnerstag, 23. Januar 2014

11:00 – 13:00	Bustransfer vom Bahnhof Suhl zum Ringberghotel und Einchecken
14:00 – 15:50	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
15:50 – 16:20	Kaffeepause
16:20 – 16:30	Beginn des Kolloquiums mit Begrüßung der Stipendiatinnen und Stipendiaten
16:30 – 17:30	Andrea Prause: Subkulturelle Parallelwelt Mode – Die alternative Modeszene der DDR in den 1980er Jahren
17:30 – 18:00	Sebastian Stude: Das Kernkraftwerk Rheinsberg 1956-1990. Ein ostdeutsches Prestigeobjekt im Kalten Krieg.
18:00 – 19:00	Abendessen
19:00 – 20:00	Mihaela Petkovic: Erinnerung an den Kommunismus im gesellschaftlichen Spannungsfeld von kroatischer Geschichtspolitik und EU-Aufarbeitungsnorm
20:00 – 20:30	Mark Homann: Konzentrationslager – Altenheim – Gedenkstätte. Die Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in Wernigerode – Anspruch und gesellschaftliche Praxis sozialistischer Geschichtspolitik in der DDR-Provinz

Freitag, 24. Januar 2014

9:00 – 10:00	Moritz Reininghaus: Weltanschauliche Dissidenz und radikale Ethik. Rudolf Schottlaender (1900-1988) als intellektueller Grenzgänger
10:00 – 10:30	Kaffeepause
10:30 – 11:30	Philipp Wille: „Was sind Sie denn für ein Mensch?!“ Wandel der Moralvorstellungen in der DDR-Fernseh-Krimiserie Polizeiruf 110.
11:30 – 12:30	Stefanie Kracht: Transformationsprozesse und finanzielle Engpässe: Entwicklungen und Herausforderungen der Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990. Eine Analyse am Beispiel ausgewählter Museen in Greifswald, Rostock und Schwerin
12:30 – 14:00	Mittagspause

14:00 – 15:00	Kerstin Lorenz: In „Erinnerungsopposition“ zum antifaschistischen Geschichtsbild – Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR 1970-1990.
15:00 – 15:30	Schlussbesprechung
15:30 – 18:00	Teilnahme an parallelen Projektpräsentationen im Rahmen der Geschichtsmesse
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 21:00	Podium: Die Zukunft der Aufarbeitung – Herausforderungen und Potentiale der historisch-politischen Bildungsarbeit in Deutschland und Europa (www.geschichtsmesse.de)

Samstag, 25. Januar 2014

9:00 – 12:30	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
12:30 – 13:00	Mittagspause
13:00 – 13:30	Bustransfer zum Bahnhof Suhl

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Uli Mählert: **0177 - 293 37 62**

Rigo Hopfenmüller: **0173 – 382 25 78**

Subkulturelle Parallelwelt Mode – Die alternative Modeszene der DDR in den 1980er Jahren

Von Andrea Prause

Parallel zum offiziellen Modeschaffen bildete sich in den 1980er Jahren in der DDR eine alternative Modeszene um Designer, Fotografen, Models, Tänzer, Pantomimen und (Über)Lebenskünstler heraus. Diese Subkultur positionierte sich als Teil des ‚künstlerischen Gesichtes der Opposition‘¹ diametral zur realsozialistischen Moral und Ästhetik, entzog sich auf kreative Weise dem totalitären Herrschaftsanspruch der Diktatur und avancierte in ihren symbolischen Attacken auf Diktatur und Anpassungsgesellschaft zum Politikum.

Die Recherchen des mittlerweile empirisch abgeschlossenen Forschungsprozesses ergaben, dass sich die alternative Modeszene keineswegs – wie zunächst angenommen – auf Einzelphänomene in Ost-Berlin beschränkte, sondern ein republikübergreifendes, urbanes Phänomen war. Zur heterogenen Subkultur zählten etwa einfache, kommerziell motivierte Schneiderei-Manufakturen wie jene in der Wohnung Dagmar Gehrmanns in Dresden. Hier wurden Baumwollstoffe zu T-Shirts vernäht, per Siebdruck mit Tigerköpfen, Mickey-Mäusen und Co. versehen wurden und fanden dann auf den Schwarzmärkten der Republik reißenden Absatz. *„Irgendwann ging das Kellner-Portemonnaie nicht mehr zu, dann hatte ich das Geld in ´ner Plastetüte. Wenn wir in Warnemünde auf der Mole gestanden haben und der Koffer war leer, das Portemonnaie voll – dann sind wir erst mal Sekt trinken gegangen. Im Hotel oft. Manchmal haben wir auch gar nicht genug Ware gehabt – so viel hatten die Leute gekauft. Manchmal hatte ich 8000 Mark im Portemonnaie. Das war schon verrückt.“*² An konventionellen Modenschauen der Zeit orientierte Projekte bilden eine zweite wichtige Facette der Szene. Hella Erler aus Chemnitz beispielsweise – zunächst sehr erfolgreich freiberuflich für den Exquisit als Designerin arbeitend und für ihre stilistische Neu-Interpretation der Plauener Spitze mit dem Kunstpreis der DDR ausgezeichnet – wurde auf Grund ihres Anspruchs auf Unabhängigkeit und Nonkonformität derart starken beruflichen und privaten Repressionen ausgesetzt, dass sie ihre freiberufliche Zusammenarbeit mit dem Exquisit aufkündigte. Die anschließend von ihr initiierte Modegruppe ‚Hella Erler‘ präsentierte nun Abendgarderobe in klassischen Inszenierungen – unabhängig von staatlicher Bevormundung. Ein dritter, abgewandelter Typus lässt sich unter anderem in Gruppen wie ‚Stattgespräch‘, ‚Anstandslos‘ oder ‚Larifari‘ aus Berlin beobachten. Sie interpretierten die damaligen modischen Trends westlicher Jugendkulturen und inszenierten Mode-Shows, die von ihrem provokatorischen, performativen Charakter – meist untermalt durch Musik, die von der staatlichen Zensur ausgeschlossen war – profitierten. *„Es ging darum, den Leuten zu zeigen, dass man auch anders aussehen kann, dass man auch mit seiner Kleidung eine Aussage darüber treffen kann, wie man sich fühlt und wie man das Leben betrachtet.“*³ Die Spitze des Spektrums bildeten ab 1987/1988 Mode-Shows, bei denen die vorgeführte Kleidung nicht nur ihrem eigentlichen Zweck des Be-Kleidens von Körpern entfremdet wurde, indem sie ‚auf der Straße‘ nicht mehr tragbar war, sondern gleichzeitig auch als offensichtliches Medium der Vermittlung von Botschaften fungierte. In Erweiterung des vom Kulturwissenschaftler als selbstverständlich angenommenen Aspekts, dass ein Stil als kulturelles Zeichensystem immer nonverbale Inhalte transportiert, fertigten beispielsweise die Gruppe ‚ARTich‘ aus Lübben und die Gruppe ‚Avantgarde‘ aus Karl-Marx-Stadt bewusst symbolisch aufgeladene Modeprodukte, die auf gesellschaftliche und vereinzelt auch politische Konflikte in der DDR verwiesen. So analysiert Jörg Ackermann, Initiator des Projektes ‚ARTich‘: *„Es war schon eine Entäußerung von Frust. Alles war beobachtet und geführt, die offizielle Sprache – das war furchtbar. Alles immer ideologisiert. Wir wollten mit unseren Mitteln zeigen, dass es Mist ist. Ich wollte Freiheit, dass jeder so leben kann, wie er will.“*⁴ Auch die Frauengruppe ‚Exterra XX‘ bzw. später ‚Avant Femme‘ aus Erfurt nutzte ihre Mode-Performances und die so ge-

¹ Begriff geprägt von Paul Kaiser. Vgl: Kaiser, Paul: Boheme im „Arbeiter- und Bauernstaat“. Offizialkultur und künstlerische Gegenkultur im DDR-Staatssozialismus, 2007, S. 25.

² Andrea Prause im Interview mit Dagmar Gehrmann, Dresden, 27.08.2012.

³ Andrea Prause im Interview mit Ira Haußmann, Mitglied der Gruppe ‚Anstandslos‘, Berlin, 12.06.2012.

⁴ Andrea Prause im Interview mit Jörg Ackermann, Gruppe ‚ARTich‘ aus Lübben, Berlin, 31.08.2012.

nannten ‚Mode-Objekte‘, um offen auf feministisch orientierte Themen aufmerksam zu machen. Kommerzielle Aspekte und die Produktion ‚tragbarer‘ Mode waren hier zugunsten künstlerischer, systemkritischer Motivationen vollständig in den Hintergrund gedrängt. Indem im Staatssozialismus den Künsten eine besondere Rolle zukam, sie zum Propaganda- und Machtsicherungsinstrument degradiert wurden, avancierten abweichende Kunstformen zum Politikum. Weil in der Diktatur weiterhin Opposition im traditionell-politischen Sinne harten Sanktionen unterlag, wurden Konflikte auf Nebenfelder abgedrängt und fanden dort als Stellvertreterdiskurse statt. In der Verbindung mit nonkonformen Lebensweisen artikulierten sich in der alternativen Modeszene als typischer Subkultur der ‚Distanzierten Generation‘⁵ somit ein hohes Potential an Protest und Konflikt. Dabei erfolgte nicht nur eine Abgrenzung gegenüber dem SED-Staat, sondern auch zur angepassten Elterngeneration sowie ‚älteren‘ Formen abweichender Kunst und Lebensweise. Auf dem Laufsteg und der ‚Bühne‘ Großstadt ließen sich nonverbale, kritische Botschaften transportieren, die in der DDR nicht offen ausgesprochen werden durften. So stand das Bild des Harlekins der Gruppe ‚Avantgarde‘, der seine Marionetten in eine Wolke aus Haarspray hüllt, für die versuchte ‚Vernebelung‘ des Geistes durch die sozialistische Propaganda. ‚ARTich‘ schminkten sich maskenhafte Gesichter, um den staatlichen Anspruch auf Kollektivität und Entindividualisierung zu karikieren. CCD führte auf provokante Weise die traditionellen Geschlechterrollen ad absurdum. Allerleirauh schließlich ignorierte den Realsozialismus vollkommen, indem sich das Modetheater in eine Märchen-Parallelwelt flüchtete. Die vor der inszestuösen Beziehung zu ihrem Vater flüchtende Königstochter näht sich aus allerlei rauen Materialien einen Mantel, der sie unsichtbar werden lässt. Inwiefern hier auch eine Flucht vor dem Zugriff des Staates impliziert ist, bleibt zu diskutieren.

Die facettenreichen Präsentationsformen trafen in Jugendklubs, Hotels, auf Betriebsfesten, Theatertagen, Festivals, in Diskotheken und Hinterhöfen auf ein begeistertes Publikum. Nicht reformsozialistische Ideen und nur selten politischer Protest im engeren Sinne reiften in den Köpfen der Protagonisten. Stattdessen wurden Anpassungsgesellschaft und dogmatische Ideologie ad absurdum geführt, Kreativität, Hedonismus, Sinnlichkeit und Individualismus offen postuliert.

Besonderen Stellenwert erlangten die Gruppen ‚CCD‘ und ‚Allerleirauh‘ in Ost-Berlin, die für die alternative Modeszene vorbildhaft und richtungsweisend waren und daher in der Dissertation in extenso untersucht wurden, um auf dieser Grundlage zu generalisierenden Erkenntnissen zu gelangen. Bildete die Gruppe ‚Chic, Charmant & Dauerhaft‘ - dafür stand CCD - ab 1982 den provokanten, an westlich-subkulturellen Stilen orientierten Ausgangspunkt der sich im Verlauf des Jahrzehnts stetig vergrößernden Szene, lässt sich mit dem 1987 gegründeten und um das Jahr 1992 zerfallenen Modetheater ‚Allerleirauh‘ ein Höhe- und gleichzeitiger Schlusspunkt des Spektrums identifizieren. Lebten und inszenierten ‚CCD‘ abseits und auf dem Laufsteg einen vom Punk inspirierten, kreativen Gegenentwurf zu staatlich geforderter ‚sozialistischer Lebensweise‘, Spaßfeindlichkeit und veralteter Moral sowie Ästhetik der DDR, welcher den Staat auf nonverbale, symbolische Weise attackierte, hatte sich mit Allerleirauh ein professionalisiertes, höchsten künstlerischen Ansprüchen genügendes Ensemble herausgebildet. Die spektakulären Inszenierungen, die eine Synthese aus Kunst, Mode, Musik und Theater bildeten und Modeinstitut, Exquisit & Co den Rang abzulaufen drohten, erregten über die Grenzen des Landes hinaus Aufmerksamkeit.⁶ Somit decken beide Gruppen nicht nur das gesamte, bereits angedeutete Spektrum der Szene ab, sondern reflektieren in ihrem zeitlichen Verlauf auch Entstehung und Zerfall des Phänomens.

Trotz des großen Publikumserfolges wurden die begabten Kreativen mehrheitlich von den offiziellen, für alle Künstler in der DDR obligatorischen Legitimationsinstanzen der professionellen Künstlerverbände und Einstufungskommissionen ausgegrenzt oder verweigerten sich ihnen von vornherein. So beschreibt Holger Neuber, Mitglied der Berliner Gruppe ‚Anstands-

⁵ Begriff geprägt von Bernd Lindner. Vgl.: Linder, Bernd: ‚Bau auf, Freie Deutsche Jugend‘ – und was dann? Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: Reulecke, Jürgen (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München, 2003, S.187-215, S. 209.

⁶ So konnten beispielsweise Artikel der Zeitschriften Spiegel, Zitty und Tip recherchiert und archiviert werden, die sowohl vor als auch nach November 1989 von ‚Allerleirauh‘ berichten.

los', sehr anschaulich: „Ich war 22, die Profi-Model-Einstufung hatte nicht geklappt, die Gruppe kam nicht weiter und man arbeitete am Rand der Legalität und die Boutique wurde uns ja auch verboten. Ganz offiziell wurde dir eben gesagt, das ist alles zu kapitalistisch. Ich war 22 und hatte keine Perspektive, meinen Job legal in diesem Land zu machen. Die Leistung hat nicht gezählt, es wurde einfach nicht erlaubt. Und da war mir klar, dass ich weg will.“⁷ Die Exklusion künstlerisch-kultureller Abweichungen vom offiziellen, sozialistischen Werte- und Normenkanon führte jedoch gleichzeitig zur Herausbildung von Parallelstrukturen, die sich in alternativen Lebens- und Arbeitsformen, unabhängigen Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen sowie einer Schattenökonomie manifestierten, welche sich der Kontrolle des Staates zunehmend entzogen.

Im Gegensatz zu pluralistisch ausgerichteten Systemen war es der Diktatur DDR kaum möglich, das Phänomen erfolgreich zu integrieren und von seinem innovativen Potential zu profitieren. Der sozialistische Staat setzte ihm stattdessen vielseitige Repressionsmechanismen entgegen, die sich auf Basis der Akten von BStU und Landesarchiven sowie in den Interviews gut nachvollziehen lassen. Neben den typischen strukturellen Repressionsmechanismen der DDR, die sich für die Szene vor allem im verwehrten Zugang zu Abitur- und Studienplätzen zeigten, lassen sich folgende Kategorien bilden: *Stigmatisierung* (z.B. auf Grund eines nonkonformen Erscheinungsbildes), *Kriminalisierung* (z.B. auf Grund ‚asozialer Verhaltensweisen‘ wie der Verweigerung einer Erwerbsarbeit in staatlichen Strukturen), *Ausgrenzung* (über zahlreiche Kanäle, z.B. die Verweigerung der Aufnahme in die Berufsverbände, das Verbot von Auftritten, Platzverbote an repräsentativen Orten innerhalb der Städte), *Zersetzung* (z.B. Inszenierung von Gruppenkonflikten, Erleichterung von Ausreiseanträgen), Verfolgung bzw. Verhaftungen. Das breiteste Spektrum zeigte sich jedoch in den Überwachungs- und Kontrollversuchen durch MfS, Volkspolizei und Mitarbeiter staatlicher Kulturinstitutionen: Wohnungsdurchsuchungen, ständige Beobachtung einzelner Akteure durch die Staatssicherheit, das Sammeln von Informationen für Personen- und Gruppenakten sowie das Einschleusen von Spitzeln in mehrere Modegruppen sollen als beispielhafte Einblicke in diese Thematik genügen. Besonders prägnant sind in diesem Zusammenhang jedoch die vielfachen, partiell fast ‚flächendeckenden‘ Versuche des MfS, Akteure der Szene als inoffizielle Mitarbeiter zu gewinnen.

Scheinbare kulturpolitische Zugeständnisse erfolgten ab Mitte der 80er Jahre durch die Zulassung von ‚Amateur-Modegruppen‘, die sich über die Konzert- und Gastspielformen ‚vermitteln‘ lassen konnten. Diese in den Akten der Landesarchive gut dokumentierten Integrations Tendenzen waren jedoch weniger einer tatsächlichen Liberalisierung der Offizialkultur geschuldet als vielmehr dem Ansinnen nach Beobachtung und Begrenzung der Szene. Die Gruppen blieben durch niedrige Honorare sowie oft zweitklassige Auftrittsmöglichkeiten unter Kontrolle und sollten als Ventil für das unterhaltungs- und modehungrige junge Publikum dienen. Doch diese Rechnung ging nicht auf: anstatt einer Sättigung des jungen Publikums wurde dessen Hunger nach spannenden Kulturveranstaltungen abseits politischer Gängelei nur noch größer. Die Zugeständnisse der SED kamen zu spät.

Professionalisierung und Diversifizierung der Modeszene ab Mitte der 1980er Jahre – Dokumente des Modeinstituts der DDR aus dem Archiv des Berliner Stadtmuseums sprechen von 300 bis 400 unabhängigen Gruppen – verweisen exemplarisch auf die zunehmende Spaltung von Staat und Gesellschaft sowie die innere Erosion des SED-Staates. Zwar waren die Akteure des Phänomens keineswegs ‚typische DDR-Bürger‘, sondern mehrheitlich längst aus den repressiven Strukturen und Sozialisationsinstanzen des Systems ausgestiegen. Jedoch bildeten die hedonistisch-provokanten Inszenierungen willkommene Projektionsflächen für die Träume großer Fangemeinden abseits realsozialistischer Ästhetik und Moral, artikulierten sich hier Zeitgeist und Lebensgefühl vieler junger DDR-Bürger der ‚Distanzierten Generation‘. „Countercultures can be thought of as the shamans of urban society, dreaming new dreams, formulating new myths, forging alternative paradigms. (...) Countercultures can be seen as calls for help in stressful times, in periods when the cultural support systems, the myths and symbols, are operating inadequately, when faith in them is gone and seems un-

⁷ Ebd.

likely to be regained.”⁸ Subkulturen verweisen symptomatisch auf gesamtgesellschaftliche Problemlagen, Krisen und Konflikte. Ihre symbolischen Attacken auf das hegemoniale Normen- und Wertesystem können als ‚Speerspitze‘ bzw. Vorboten soziokulturellen Wandels begriffen werden. Pluralisierung und Popularität der als Teil der heterogenen Alternativkulturen zu verstehenden Modeszene verweisen exemplarisch auf die Entstehung einer zweiten Öffentlichkeit, in der sich Mentalitätswandel und Zerfall der DDR-Legitimationsmythen artikulierten. Als couragiertes, kreatives Subsystem reflektiert das Phänomen als Produkt der DDR symptomatisch den Macht- und Legitimationsverfall des ehemaligen ostdeutschen Staates. Dennoch muss sich eine klare Differenzierung zwischen alternativer ‚inoffizieller‘ und staatlicher ‚offizieller‘ Kultur letztlich als künstliches Produkt der Retrospektive entlarven lassen. Alternative Modeszene und Staat blieben bis zum Systemzusammenbruch 1989 untrennbar miteinander verbunden. So bildete und wuchs das Phänomen nicht nur unter den Bedingungen der Diktatur, indem beispielsweise die Mangelgesellschaft große Absatzmärkte im Schwarzhandel generierte, die Subventionspolitik ein Leben ohne großen finanziellen Aufwand und somit (fast) ohne klassische Erwerbsarbeit ermöglichte und damit ein großes kreatives Potential freisetzte, verfallene Altstadtviertel willkommene, günstige Wohnquartiere boten oder das Fehlen spannender Kulturveranstaltungen ein begeistertes Publikum bereitstellte. Auch viele Akteure der Szene selbst vollzogen die Abkehr von den staatlichen Institutionen keineswegs immer vollständig, suchten wiederholt Anerkennung und Privilegien durch Aufnahme in die Künstlerverbände oder Zulassung als Amateur- oder Profi-Modegruppe, arbeiteten als Fotografen für Modezeitschriften oder als Models für Modeinstitut & Co. Erlebte die alternative Modeszene auch in der Finalitätskrise der DDR ihren Höhepunkt, so läutete doch der Untergang des ostdeutschen Staates gleichzeitig den Zerfall des heterogenen, kreativen Phänomens ein. Als sich 1989/90 die kollektiven Negativ-Bezugspunkte SED-Staat und Anpassungsgesellschaft als kleinste gemeinsame Nenner auflösten, begann ein Atomisierungsprozess, der letztlich zu deren vollständigem Niedergang führte. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig und spiegeln sich hervorragend in den Biographien der Akteure nach 1989 wider. Mit dem Hegemonialsystem starb auch die sinnstiftende Selbstlegitimation des Subsystems. Plötzlich fehlten provokatorische Inhalte und Botschaften, die auf dem Laufsteg artikuliert werden konnten. Der ‚Gegner‘ DDR, den es bis 1989 symbolisch zu attackieren und ad absurdum zu führen galt, zog seine ungezogenen Kinder mit sich ins Grab – hatten sie doch verständlicherweise kein funktionierendes Konzept für das bis zum Schluss utopisch erscheinende ‚Danach‘ entwickelt. Gleichermaßen sank mit dem Fall der Mauer nicht nur das Interesse des ostdeutschen Publikums an den Modenschauen und Happenings. Die flächendeckende Etablierung westlicher Modeketten entzog der Szene ihre finanzielle Grundlage – mit den Preisen von H&M & Co. war kaum zu konkurrieren, der Wettbewerb mit Luxusmarken (noch) nicht vorstellbar. Auch der heutige Hype um kleinere Labels aus Berlin war zu Beginn der 1990er Jahre insbesondere aus ostdeutscher Perspektive nicht absehbar. So verschwand ein großer Teil der Akteure fast parallel zur Maueröffnung in alle Himmelsrichtungen. Die übrigen Gruppen scheiterten an den neuen marktwirtschaftlichen Herausforderungen sowie der generellen Neuorientierung im Systemwandel. Subventionspolitik – letztlich ein wichtiger Faktor des Kollapses 1989 – und Mangelwirtschaft hatten ironischerweise die genannten kreativen Potentiale freigesetzt, die sich in ihrer künstlerischen Produktion kaum an kommerziellen Aspekten ausrichten mussten. Nur ein Teil der Akteure konnte sich unter diesen Bedingungen nach einigen Jahren der Krise als Einzelkünstler wieder etablieren.

Kurzbiographie

Andrea Prause, geboren 1979 in Elsterwerda, studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Europäische Ethnologie an der HU Berlin. Nach Studienabschluss 2009 folgten die Mitarbeit an Ausstellungs- und Buchprojekten zur alternativen Kunst und Kultur der DDR sowie eine freiberufliche Tätigkeit in der qualitativen Sozialforschung. Seit 2010 Promotion am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin bei Prof. Wolfgang Kaschuba.

⁸ Yinger, Milton: *Countercultures. The Promise and the Peril of a World Turned Upside Down*, London, 1982, S.9.

Aktuelle Arbeitsgliederung

1. Einleitung
2. Thematischer Fokus, Fragestellung und Forschungsstand
3. Konzeption und Methodik
4. Jugend in der DDR

Hoher moralischer Anpassungsdruck: Der ‚ideale Jugendliche‘ in sozialistischer Kulturtheorie und –praxis

Die 1980er Jahre – wichtige Grundprinzipien als ‚Hintergrundfolie‘ einer alternativen Modeszene

Die ‚Distanzierte Generation‘ – Bruch mit der DDR

Enger versus weiter Oppositionsbegriff, widerständiges Verhalten der ‚Distanzierten‘

Zehn Thesen zu Subkulturen (in Diktaturen)

Mode, Kunst und Subkultur

5. Mode in der DDR der 1980er Jahre (kurz)
 - 5.1. Eine ‚sozialistische Bekleidungskultur‘ – Ideologische Aspekte der Mode in den 1980er Jahren
 - 5.2. Utopie: Das Modeinstitut der DDR, der ‚Exquisit‘ und die Zeitschrift ‚Sibylle‘
 - 5.3. Realität: Defizitäre Konsumsituation und kreative Bevölkerung
6. Die alternative Modeszene der DDR in den 1980er Jahren
 - 6.1. Deskriptiver, chronologisch einführender Teil: generelle Entwicklungslinien, Verbreitung, Zentren usw.
 - 6.2. Vorstellung des gesamten Spektrums der alternativen Modeszene anhand signifikanter Beispiele aus der gesamten DDR
 - Die Schattenökonomie auf den Schwarzmärkten
 - Klassische Modenschauen
 - Alternative Mode-Shows
 - Mode als Kunst und Performance
 - 6.3. Intensive Darstellung der in extenso untersuchten Gruppen CCD und All-leirauh (unter stetiger Bezugnahme auf andere Gruppen)
 - Wege in die Szene – Portraits typischer Biographien
 - Konstitutionsbedingungen und -prozess am Beginn der 1980er Jahre
 - Etablierung und Professionalisierung in der Mitte der 1980er Jahre
 - Personelle Veränderungen, Strukturwandel, Ausreisewelle und Integrationstendenzen in den offiziellen Kulturbetrieb am Ende der 1980er Jahre

→ Darstellung der verbleibenden Verbindungen zu staatlichen Institutionen (z.B. Arbeit für Modeinstitut, Exquisit, Sibylle; Versuche der Aufnahme in die Künstlerverbände usw.)

7. Reaktionsmechanismen der Diktatur (speziell auf CCD und Allerleirauh, aber auch hier stetig bezugnehmend auf andere Gruppen/ Personen)

- Stigmatisierung und Exklusion
- Politisierung und Kriminalisierung
- Infiltration und Kontrolle (Staatssicherheit, Volkspolizei)
- Integrationsversuche in den offiziellen Kulturbetrieb ab Mitte der 1980er Jahre – die alternative Modeszene als Ventil?

8. Das Ende: Zerfall der Szene nach 1989

9. Mode als Subkultur in der DDR – zusammenführende Analyse von mikro- und makrosozialer Perspektive

- 9.1. Darstellung und Analyse der Dialektik zwischen Hegemonialkultur der DDR und alternativer Modeszene im Verlauf der 1980er Jahre (u.a. alternative Modeszene als Produkt des diktatorischen Systems und gleichzeitig in seiner Entwicklung ein Indikator/ Symptom für dessen Machtverfall)
- 9.2. Kontextualisierung und kulturhistorische Einordnung des Phänomens in den Kontext Subkultur der DDR in den 1980er Jahren
- 9.3. Gesellschaftliche Bedeutung und politische Relevanz eines moralisch- ästhetischen Gegenentwurfs zum diktatorischen Herrschaftssystem der DDR

10. Bibliographie / Quellen

Das Kernkraftwerk Rheinsberg 1956-1990. Ein ostdeutsches Prestigeprojekt im Kalten Krieg.

Von Sebastian Stude

Auf dem rehbraunen Zehn-Markschein der DDR war die altersweise Kommunistin Clara Zetkin abgebildet. Die Rückseite des Geldscheines zierte eine junge Frau, die in eleganter Arbeitskleidung ein Schaltpult auf der Blockwarte des Kernkraftwerkes Rheinsberg überwacht. Die damit angestrebte Botschaft war eine Adaption der Leninschen Fortschrittsformel: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung.“ Im DDR-Volksmund hieß es zu dem „Zehner“ derweil: „Wenn du den Kauf eines *Trabant* beantragst, musst du so jung wie die Frau auf der Rückseite sein – ausgeliefert bekommst du das Auto, wenn du so gealtert bist wie die Frau auf der Vorderseite.“ Schärfere Widersprüche zwischen politisch propagiertem Anspruch und gesellschaftlich erfahrbarem Alltag kaum ausfallen.

Das vorliegende Dissertationsprojekt will den „Grenzen der Diktatur“ und den „konstitutiven Widersprüchlichkeiten“ der SED-Diktatur am Beispiel des Kernkraftwerkes Rheinsberg nachgehen. Der Untersuchungszeitraum der Studie orientiert sich an der Verkündung des SED-Partei- und DDR-Staatschefs Walter Ulbricht auf der 3. SED-Parteikonferenz im März 1956, ein erstes Atomkraftwerk in der DDR errichten zu wollen, und der Stilllegung des Kernkraftwerkes Rheinsberg im November 1990 im Kontext der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit. Als erstes deutsches Kernkraftwerk, das industriell Strom produzierte, war der Betrieb ein Prestigeprojekt der SED-Führung und einer der wenigen technischen Wettläufe im Kalten Krieg, den die DDR gegenüber der Bundesrepublik für sich entscheiden konnte.

Im Mittelpunkt eines ersten, politikgeschichtlichen Teils der Studie steht die Etablierung der DDR-typischen Herrschaftsstrukturen von SED und MfS innerhalb des Kernkraftwerkes. Wenig überraschend besetzte die SED die betrieblichen Führungspositionen. Interessanter für die Analyse des SED-Machtanspruches ist, warum die SED-Mitglieder stets eine große Minderheit unter den Kernkraftwerkern blieben. Zudem wird die tatsächliche Wirkkraft des MfS neben der Doppelbürokratie aus SED und staatlicher Verwaltung geprüft. Die zu untersuchende Hypothese lautet, auf Grund mangelnder Fachkenntnisse ist das MfS am Beispiel des Expertenbetriebes ein vergleichsweise passiver Beobachter gewesen. In einem zweiten, gesellschaftsgeschichtlichen Teil der Dissertation wird der Arbeits- und Lebensalltag als Mikrokosmos des speziellen Arbeitertypus „Kernkraftwerker“ herausgearbeitet. Was prägte die Kernkraftwerker und wie prägten die Kernkraftwerker ihre Umwelt inmitten der brandenburgischen Provinz? Welche konkreten Formen nahm der „stillschweigende Sozialtrakt“ zwischen SED und Arbeiterschaft an? Welche Spannungen ergaben sich aus den kultur- und sozialpolitischen Aufwendungen von FDGB und Betriebsleitung (Kulturhaus, Kindergarten, Kaufhalle, Eigenheime, Versorgung, Vereinsleben etc.) gegenüber den Kernkraftwerkern einerseits *und* gegenüber der übrigen Rheinsberger Bevölkerung andererseits? Inwieweit waren Leistungsbereitschaft und Identifikation der Kernkraftwerker gegenüber „ihrem“ Betrieb entkoppelt von der Loyalität gegenüber der SED und letztlich der DDR? Im dritten Teil der Dissertation wird das Kernkraftwerk Rheinsberg aus einer wirtschaftsgeschichtlichen Perspektive betrachtet. Die Errichtung des ersten deutschen Kernkraftwerkes im ostdeutschen Teilstaat erscheint zunächst als Paradoxon, ist das vorherrschende Bild der DDR-Wirtschaft *ex post* doch eher von einem permanenten Mangel und dauerhaften Zurückbleiben gegenüber der Bundesrepublik geprägt. Zudem wird untersucht, wie der Betrieb seine zentralen Planvorgaben erfüllte, welche technologischen Innovationen er hervorbrachte und wie sich die betriebswirtschaftliche Situation – besonders unter dem Eindruck der sich Ende der 70er Jahre verschärfenden Krise in der DDR-Wirtschaft – entwickelte. Im Ende der Untersuchung soll das Aus für das Kernkraftwerk Rheinsberg im Kontext der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit 1989/90 geschildert werden.

Kurzbiographie

Sebastian Stude, 1979 in Halle/Saale geboren, studierte bis 2006 Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an der Humboldt Universität zu Berlin. Seitdem verschiedene Ausstellungsprojekte und Publikationen zur späten DDR und dem Kernkraftwerk Rheinsberg. 2012 wissenschaftlicher Gutachter der Enquete-Kommission 5/1 des Landes Brandenburg zu personellen Kontinuitäten in den Regionen nach 1990.

Arbeitsgliederung

Prolog: Vom Nutzen der Kernenergie

1. Einleitung

- a. Fragestellung
- b. Forschungsstand und Quellengrundlage
- c. Begriffsgeschichte: „Atomkraft“ vs. „Kernkraft“

2. Das Kernkraftwerk Rheinsberg als politisches Prestigeprojekt

- a. Politisches Prestigeprojekt und Propagandamedium
- b. Die Verkündung durch Walter Ulbricht als dramaturgischer Höhepunkt der 3. SED Parteikonferenz im März 1956
- c. Der 13. August 1961 in Rheinsberg
- d. Die offizielle Inbetriebnahme am 9. Mai 1966 als politische Inszenierung
- e. Die SED-Betriebsparteiorganisation
 - i. Gründung und Führungsanspruch
 - ii. Aufbau und Funktion
 - iii. Informationen, Berichte und Konflikte
- f. Der Staatssicherheitsdienst im Kernkraftwerk
 - i. Unter Kontrolle? – das Kernkraftwerk Rheinsberg als *Objektvorgang* des MfS
 - ii. Arbeitsweise und Tätigkeitsfeld des MfS
 1. der konspirative Treff „Reaktor“
 2. die hauptamtlichen und Inoffiziellen Mitarbeiter (IM)
 3. die Sicherheitsbeauftragten
 4. das „Politisch-Operative Zusammenwirken“ (POZW)
 - iii. *Staat im Staate* vs. *Papiertiger* – zum Wirkungsgrad des MfS
- g. Der FDGB
 - i. Aufbau, Organisation und Mitglieder
 - ii. Interessenvertretung vs. *Transmissionsriemen*

3. Arbeiten und Leben als Kernkraftwerker

- a. *Neuland unterm Pflug* – die Errichtung des ersten deutschen Kernkraftwerkes
 - i. Der Stechlinsee – ein Kernkraftwerk im Naturschutzgebiet
 - ii. Die Fischerhütte als Sitz der Aufbauleitung
 - iii. Die Baustelle – *Rummelplatz?*
- b. Ein moderner Arbeitsplatz als Lebenssinn
 - i. Industrialisierung einer Region
 - ii. Kernkraftwerker: Arbeiter, Ingenieure, Angestellte und Funktionäre
- c. Arbeitsalltag:
 - i. Das Drei-Schicht-System als Lebensrhythmus

- ii. Arbeiten im Kollektiv
- d. Freizeit:
 - i. Wohnen in der *KKW-Siedlung*
 - ii. Feierabend im *Kulturhaus*
 - iii. Die *sozialistische Brigade* als Ersatzfamilie
 - iv. Kultur und Sport
 - v. Urlaub und Konsum
- e. *Störfall* – Sinnverluste nach Tschernobyl
- f. Die *Bewahrung der Schöpfung* als oppositionelles Handlungsmotiv

4. Technik und wirtschaftliche Ergebnisse

- a. Bau und Montage
 - i. Mangel an Arbeitskräften und Material
 - ii. Ohne Westimporte keine Inbetriebnahme?
 - iii. Plan und Realität: Bauzeit und Baukosten
- b. Lehr-, Forschungs- und Versuchskraftwerk
 - i. Industrielle Stromerzeugung als wichtigste Planaufgabe
 - ii. Wissenschaftliche Forschung im internationalen Maßstab?
 - iii. Lehr- und Ausbildungsbetrieb – Rheinsberg als Kadenschmiede
- c. Im Grenzbereich – technische Visionen vs. Wirtschaft und Politik
 - i. Nur ein halbes Kernkraftwerk – keine zweite Ausbaustufe
 - ii. Vom „großen Bruder“ ungewollt – keine Brennstoffkassettenfabrik
 - iii. Menetekel der finalen Krise – kein Aus- und Weiterbildungszentrum
 - iv. Seiner Zeit voraus – Pläne für ein Servicezentrum der Kernenergetik
- d. Die Bedeutung von Westimporten
- e. Investitionsstau vs. nukleare Sicherheit

5. Das „lange Ende“

- a. Revision und Generalinstandsetzung 1986
- b. Die friedliche Revolution und die deutsche Einheit als Zäsur
- c. „sicherer Einschluss“ vs. Rückbau

Ausblick: Transformation in Ostdeutschland seit 1990

Anhang

- a. Abkürzungen
- b. Abbildungen
- c. Quellen
- d. Literatur

Erinnerung an den Kommunismus im gesellschaftlichen Spannungsfeld von kroatischer Geschichtspolitik und EU-Aufarbeitungsnorm [Arbeitstitel]

Von Mihaela Petkovic

Der kroatische Fußballnationalspieler Josip Simunic verabschiedete nach dem Sieg seiner Mannschaft im WM-Qualifikationsspiel im November 2013 die Stadionbesucher in Zagreb via Mikrofon mit den Worten: *Za Dom* (Für die Heimat), die jubelnde Menge antwortete: *Spremni* (Bereit). *Für die Heimat Bereit* ist der Gruß der faschistischen Ustascha-Bewegung, die im Zweiten Weltkrieg mit NS-Deutschland kollaboriert und sich am Holocaust beteiligt hat. Die linksliberale kroatische Presse überschlug sich daraufhin mit Verurteilungen und malte eine aufkommende faschistische Bedrohung an die Wand, die größte rechtskonservative Tageszeitung *Vecernji List* hingegen ließ auf ihrer Website die Leser darüber abstimmen, ob die Geste des Fußballers als legitim anzusehen sei. 72% der Befragten hatten an Simunic's Verhalten nichts auszusetzen, im Gegenteil, der Spieler erhielt mannigfaltigen Zuspruch und behauptete selbstredend ein „Patriot und Fan seiner Heimat zu sein“, Andersdenkenden riet er dazu, lieber Geschichtsbücher zu wälzen.⁹ Andersdenkende und Widersacher, das ist der Teil der kroatischen Gesellschaft, der sich mit ehemaligen Partisanenkämpfern identifiziert, die sich seinerzeit angeführt von der Kommunistischen Partei zum Widerstand gegen den Ustaschastaat und die NS-Besatzungsmacht erhoben hatten. Die Fifa ihrerseits beurteilte den Vorfall anders als Simunic und seine Fürsprecher und schloss den Fußballer von der Teilnahme an der WM in Brasilien aus. Das geschilderte Beispiel zeigt die Aktualität des Dissertationsvorhabens und verdichtet zugleich die Facetten der Fragestellung: Die „Erinnerung an den Kommunismus im gesellschaftlichen Spannungsfeld von kroatischer Geschichtspolitik und EU-Aufarbeitungsnorm“ ist der Gegenstand der Untersuchung.

Einerseits verdeutlicht die Episode um Simunic den Stellenwert von Vergangenheitsdeutung auf der internationalen Bühne: *History matters* – sogar im Sport. In seiner Urteilsbegründung verweist der Weltfußballverband auf Diskriminierung und Rassismus, verknüpft damit die Ustascha-Bewegung und den Zweiten Weltkrieg mit dem aktuellen Menschenrechtsdiskurs und versinnbildlicht jenes Prinzip, das wissenschaftsintern als Universalisierung des Holocaust bezeichnet wird. Gemeint ist u.a. der argumentative Verweis auf die Ermordung der europäischen Juden und die daraus abgeleiteten historischen Lehren als Blaupause für Sanktionen gegen aktuelle Menschenrechtsvergehen. Andererseits signalisiert der Vorfall, wie uneinig sich die kroatische Gesellschaft über die Deutung der eigenen Geschichte ist, denn obwohl der Fußballer mit dem Ausruf gegen mehrere Gesetze verstieß und von der kroatischen Justiz wegen „Anstiftung zu Fremdenfeindlichkeit“ mit einer Geldstrafe behängt wurde, herrscht weder in etlichen Teilen der Bevölkerung noch in Segmenten der politisch-kulturellen Eliten oder der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für den Fehltritt vor, vielmehr wird der Spieler als Opfer perzipiert und der faschistische Ursprung des Grußes sowie die Ustascha selbst relativiert. Zudem verdeutlichen die Aushandlungsorte dieser Geschichtsdebatte – Fußballstadion, Facebook und Presselandschaft –, wie populär historische Bezüge, wie aktuell die Protagonisten des Zweiten Weltkrieges noch sind. In Kroatien sind nämlich seit dem Zusammenbruch des jugoslawischen Kommunismus heftige Polemiken um die Deutung der *dreifachen* Vergangenheit ausgebrochen: Die Diskussionen über das Ustascha-Regime (1941-1945), den Kommunismus und den Kroatienkrieg (1991-1995) erweisen sich als gesellschaftlich hoch kontrovers, Uneinigkeit herrscht über grundlegende historische Fakten, Gründungsdaten und Basisnarrative, zugleich verweist der polemische und zuweilen autistische Diskussionsstil auf einen niedrigen Wissensstand über die beiden großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Im Juni 2013 trat die ehemalige jugoslawische Republik der EU bei, so dass seither die innerstaatlichen Debatten vor den Foren europäischer Aufarbeitungsstandards stehen. Das Dissertationsvorhaben erforscht den Zeitraum zwischen den Jahren 2000

⁹ Vgl. u.a.: <http://www.vecernji.hr/nogomet/simunic-skandirao-za-dom-spremni-nisam-nista-krivo-napravio-903895>; <http://www.spiegel.de/sport/fussball/simunic-jubelt-mit-faschistischer-ustascha-geste-a-934598.html> [Zugriff: 5.01.2014]

und 2012 – die Phase der Annäherung an die EU. Zuvor war das postsozialistische Kroatien eine „defekte Demokratie“, wobei die staatliche Geschichtspolitik die Demokratiedefizite erheblich verschärft hat: Die Perzeption des Kommunismus war hoch politisiert und nationalistisch durchsetzt, schließlich standen Geschichtsbilder zugleich im Dienst der Systemtransformation und des *nation building* Prozesses. Das Jahr 2000 markiert den Auftakt zur Demokratisierung, dabei gaben europäische Impulse den Anstoß für die Umgestaltung des politischen Systems und bewirkten zugleich die Pluralisierung der Erinnerungslandschaft: Nicht staatlich subventionierte Verbände und reglementierte Geschichtsdeutungen, sondern Deutungskonflikte und Erinnerungskonkurrenz stehen seither im Mittelpunkt geschichtspolitischer Diskurse. Um empirisch die Auswirkungen der politischen Zäsur auf Erinnerungsprozesse zu prüfen sowie Kontinuitäten und Wandel aufzuspüren, fokussiert das Forschungsvorhaben exemplarisch Deutungskontroversen führender Vertreter der Zivilgesellschaft und stellt sie staatlichen und europäischen Vorgaben gegenüber. Mit diskursanalytischen Mitteln werden Fragen nach dem Verhältnis zwischen Aufarbeitung und Demokratisierung ausgelotet: Welchen Effekt üben Aufarbeitungsstrategien, die seitens supranationaler Akteure formuliert werden auf die Geschichtspolitik souveräner Staaten aus und wie werden diese in der zivilgesellschaftlichen Erinnerungskultur rezipiert? Ziel ist es, zu erforschen, warum die Europäisierung keinen historisch-kritischen Umgang mit dem Kommunismus bewirkt hat. Der analytische Zugang zum kroatischen Fallbeispiel ist dabei dreidimensional: Das Wechselverhältnis zwischen staatlicher Geschichtspolitik und zivilgesellschaftlicher Erinnerungskultur wird in Beziehung zu geschichtspolitischen Initiativen der EU gesetzt, die leitmotivisch um das Imperativ der Diktaturaufarbeitung kreisen. Aufarbeitung wird im Rahmen der Arbeit als Sammelbegriff definiert, der vor allem Mentalitäten adressiert, um in postdiktatorischen Gesellschaften einen Wertewandel anzustoßen. Um die Kontroversen einzuordnen, bemüht die Dissertation Gedächtnistheorien, speziell ihre empirischen Konzepte der Geschichtspolitik bzw. Erinnerungskultur. Das Vorhaben ist politikwissenschaftlich ausgerichtet und lotet den Stellenwert von Geschichte und Erinnerung für die Legitimation von politischen Ordnungen aus bzw. fragt nach ihrer identitätsstiftenden Wirkung für die Bildung sozialer oder politischer Kollektive. Hierbei versucht die Studie die hintergründigen Perzeptionslogiken, Interessenskonflikte oder Dynamiken, die den Disput um die Geschichtsauslegung motivieren, aufzuschlüsseln. Geschichtspolitik wird konzeptionell als eine öffentliche und konfliktbeladene Arena aufgefasst, in der diverse Akteure bzw. Erinnerungsgemeinschaften um Legitimität konkurrieren. Erinnerungskulturen deutet die Arbeit indes erstens als eine Strategie, diese Legitimität durch die Besetzung des öffentlichen Raumes – sei es durch Denkmäler, Publikationen, Gedenkveranstaltungen – zu erzeugen und zweitens als Mittel und Medium, um gruppenintern Identität zu stiften. Das Forschungsdesign hebt somit einerseits die zivilgesellschaftliche Arbeit am Gruppengedächtnis hervor und betont andererseits den politischen Charakter von Deutungskämpfen. Die kroatische Realität bietet vor dieser Perspektive vielfältige Anknüpfungspunkte, nicht nur weil sich die öffentlichen Erinnerungs- und Aufarbeitungsdebatten Hand in Hand mit Anpassungsbestreben der kroatischen politischen Eliten an die EU entwickelten, sondern auch weil empirische Befunde das Bild einer pluralistischen, dennoch hoch polarisierten Aufarbeitungslandschaft zeichnen, deren Träger in der Öffentlichkeit um das exklusive Recht ringen, den Kommunismus zu deuten und dabei Erinnerungskulturen beherrschen. Die Trägerschichten ordnen sich jeweils dem linken bzw. rechten Lager zu, rekurrieren im Deutungskampf auf den Zweiten Weltkrieg und prolongieren somit die antiquarische Konfliktlinie zwischen ehemaligen Kollaborateuren und ehemaligen Widerstandskämpfern. System- oder Herrschaftsfragen hingegen werden kaum oder nachrangig behandelt. Das rechte Lager oszilliert zwischen Nationalismus und Rechtsextremismus, das Linke pflegt einen Titokult und verklärt nostalgisch die kommunistische Vergangenheit. Innerhalb von Lagergrenzen bestehen zahlreiche Verbände und Bürgerkomitees, die untereinander vernetzt und mit politischen Parteien verflochten sind. Sie haben zugleich prominente Fürsprecher unter wissenschaftlichen, kulturellen oder kirchlichen Autoritäten, was auf Machtverhältnisse und die Milieustruktur hinweist. Diese Netzwerke werden im Rahmen der Studie als kollektive Akteure gedeutet, d.h. als Repräsentanten von Erinnerungsmilieus, die über ein identitätsstiftendes, gruppenbezogenes Narrativ verfügen, das sie verbindlich in der Gesellschaft zu etablieren suchen. Konkurrenz herrscht zwischen Verbänden, die sich als Opfer des

Kommunismus verstehen (politische Häftlinge und ehemalige Veteranen der Truppenverbände des Ustaschastaates) und dem Dachverband „Antifaschistischer Kämpfer und Antifaschisten Kroatiens“ (SABA), der ehemalige Partisanen und ihre ideellen Erben vertritt. Die Diskursanalyse fokussiert repräsentativ für die jeweiligen Lager den Verband der politischen Häftlinge (HDPZ) auf der einen und den Dachverband der „Antifaschisten“ auf der anderen Seite und stellt ihre Deutungs- und Identitätsangebote gegenüber. Die Grundlage bilden monatlich erscheinende Verbandszeitschriften: „Politicki Zatvorenik“ (Politischer Häftling) bzw. „Glas Antifasista“ (Stimme der Antifaschisten). Die systematische Lektüre der Monatshefte offenbart Legitimationsstrategien, Argumentationsmuster sowie Selbst- und Fremdbilder: Die Art der Strategien (Relativierung, Externalisierung der Schuld) und ihr Modus (Diffamierung, Pathologisierung) verweisen auf politisch-kulturelle Konflikte und deuten ein Spannungsverhältnis zu europäischen Standards an. So besteht zwischen beiden Lagern eine unüberwindbare Opferkonkurrenz, die sich in argumentativen Querverweisen manifestiert. Lager-spezifische Basisnarrative folgen einer streng dichotomen Logik, die einzig Opfer und Täter kennt oder sich um Oppositionsachsen dreht, wie etwa: Revolution oder Befreiung, Widerstand oder Aufstand bzw. Antifaschismus und Antikommunismus. Bezeichnenderweise werden Leidtragende beider Regime, die sich nicht dem je bevorzugten politischen Programm verschrieben haben, innerhalb der Lager nachrangig behandelt oder sogar – wie im Fall der Opfer der Zwangskollektivierung – pejorativ als Maisesser (*zitari*) tituliert. Entsprechend fällt die vorläufige Bilanz zurückhaltend aus. Die demokratische Wende der letzten Dekade, die unter EU-Vorzeichen stattgefunden hatte, verlieh zwar der Erinnerungskultur die notwendige Mehrstimmigkeit, ohne jedoch eine integrative oder selbstkritische kroatische Basiserzählung implementieren zu können oder die einseitige Politisierung der Geschichte augenscheinlich zurückzudrängen: Ehemals „konfiszierte Gedächtnisse“ (Ugresic) traten lediglich aus dem Privaten ins Öffentliche, seither steht einem nationalistisch verbrämten Märtyrer- und Opferkult autark ein national imprägnierter Partisanenmythos gegenüber. Innerhalb jeweiliger Narrative werden Schuld und Verantwortung externalisiert und relativiert, das diskursive Andere wird kollektiv aus der nationalen Gemeinschaft und dem historischen Erbe verbannt und als unkroatisch apostrophiert. Jedoch ist mit fortschreitender Annäherung Kroatiens an die EU in öffentlich geführten Debatten ein europäisch beeinflusster Aufarbeitungsduktus erkennbar, der sich an Knotenpunkten der EU-Geschichtspolitik orientiert. Häufig rekurrieren jeweilige Akteure gleichwohl höchst selektiv auf europäische Standards, um Druck auf die Politik oder den Diskursgegner auszuüben. Die erinnerungskulturelle Praxis hingegen zeigt sich davon relativ unberührt, weisen indes die gruppenspezifischen Gedenkrituale ungebrochen Kontinuitäten zu Narrativen und dem Feiertagskalender der untergegangenen Diktaturen auf. Damalige „Märtyrer“ oder „Volkshelden“ werden als Vorbilder inszeniert, zugleich wird heftig gegen die staatliche Geschichtspolitik oder europäische Verweise polemisiert. Diese geschilderte diskursive Ambiguität wirft Fragen nach der Wirkungsmächtigkeit europäischer Aufarbeitungsexporte auf, scheinen doch Erinnerung und Geschichte eng mit Identitäten verknüpft und daher potentiell konfliktiv zu sein. Wenn externe Vorgaben – so könnte man schlussfolgern – Erinnerungstopoi, speziell das lebendige, kommunikative Gedächtnis adressieren, provozieren sie Abwehrreaktionen, anstatt historisch-kritische Reflexion zu befördern. Mit dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen verschränkt sich der kroatische Kommunismusdiskurs zudem vermehrt mit dem Europa- und Globalisierungsdiskurs. Kommunismusdebatten muten als Aushandlungsorte antagonistischer Identitäts- und Gesellschaftsentwürfe an: Politisch-kulturelle Milieus loten stellvertretend Konflikte aus, die um staatliche Souveränität und europäische Integration zirkulieren. Während das rechte Lager Konzepte mit ethnopluralistischen Anstrich propagiert, entwerfen die Protagonisten des linken Lagers eine Modernisierungserzählung, die Gegenpositionen für rückständig erklärt. Grenzen zum Populismus sind daher fließend, auch extremistische Positionen werden milieuintern nicht stigmatisiert, weshalb Dramatisierungseffekte die Diskussionskultur prägen. Das Dissertationsvorhaben beabsichtigt dieser tiefgreifenden gesellschaftlichen Spaltung auf den Grund zu gehen und dabei wissenschaftliche Kontroversen um ein einheitliches europäisches Geschichtsbild aufzugreifen, die v.a. postsozialistische Gesellschaften vor Herausforderungen stellen. Während für die Staaten Ostmitteleuropas zahlreiche Untersuchungen zu vielfältigen Aspekten des Übergangs von Diktatur zur Demokratie vorliegen, ist die Forschung zur Auf-

arbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Südosteuropa vergleichsweise überschaubar. Dies gilt vor allem für die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die zunächst unter dem Eindruck der Kriege im Zerfallsprozess des Tito-Regimes erforscht wurden. Bisherige Untersuchungen zu Kroatien behandeln vornehmlich die Top-Down Ebene, Defizite sind hingegen im gesellschaftlichen Bereich auszumachen. In diese Forschungslücke tritt die vorgestellte Studie mit der Analyse zivilgesellschaftlicher Erinnerungsmilieus und ihrer Anpassungsprozesse an geschichtspolitische Imperative.

Kurzbiographie

Mihaela Petkovic, Studium der Politischen Wissenschaft, Mittleren und Neueren Geschichte und Germanistik an der Universität Mannheim. Studienabschluss 2007 mit einer Masterarbeit zum Thema „Propagandistische Inszenierungen von Stalinismus und Nationalsozialismus“, 2008-2012 Mitarbeiterin in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 2012 Promotion am Institut für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen bei Prof. Dr. Helmut König.

Vorläufige Gliederung

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik auf dem Westbalkan – Aufarbeitung nach EU Maßstab?

1. Theorie und Methode: Das Politische am Gedächtnis
 - 1.1. Legitimität und Konflikt: Geschichtspolitik als Arena politischer Machtkämpfe
 - 1.2. Legitimität und Identität: Erinnerungskultur(en) als Schnittstelle zwischen Öffentlichkeit und Gruppenintimität
 - 1.3. Akteursfokussierte Diskursanalyse
2. Politisierung der Geschichte durch Nationalismus und Rechtsextremismus
3. Kriege als Konfliktlinie: Opfer-Täter Dichotomien als Merkmal der Geschichtspolitik

Der Rahmen von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der Europäischen Union: das „Jahrhundert der Extreme“

1. Der Europäischen Union beitreten: Einflüsse der Konditionalitätspolitik
2. Europäische Geschichtspolitik: Normierung der Aufarbeitung?
 - 2.1. Geschichtspolitische Initiativen: Totalitarismustheorie revisited
 - 2.2. Europäische Identitäten
 - 2.3. Europäischer Gedächtnisraum – westeuropäisch versus postsozialistisch
3. Demokratie, Stabilität und Aufarbeitung: Folgen für Transformationsgesellschaften

Entwicklungslinien und Rahmenbedingungen: Fallbeispiel Kroatien

1. Historischer Kontext: Genese des Konflikts
 - 1.1. Kroatien vor der Unabhängigkeit: *Pravastvo* versus Jugoslawismus: Vorbilder und Feindbilder
 - 1.2. Kroatien im Zweiten Weltkrieg: NDH versus NOB, Genozid und Kriegsverbrechen – eine Gewaltgeschichte
 - 1.3. Kroatien als jugoslawische Volksrepublik: Föderalisten versus Sezessionisten
2. Politischer Kontext
 - 2.1. Kroatien in der Tadjman-Ära: Elitenkontinuität und defekte Demokratie
 - 2.2. Tadjmans HDZ als nationalistische Sammelbewegung
3. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur
 - 3.1. Revisionismus als geschichtspolitisches Programm: Staatskult, ethnischer Nationalismus und „nationale Versöhnung“
 - 3.2. Netzwerke des Extremismus: Verbände und Vereine als „Gedächtnislobbyisten“
 - 3.2.1. Sakralisierung der Erinnerung: Märtyrerkult, „katholischen Kirche bei den Kroaten“ und „*iseljena Hrvatska*“ (Diaspora)
 - 3.2.2. Träger und Konstrukteure: Bürgerinitiativen, Heimwehrverband und politische Häftlinge
 - 3.3. Das „konfiszierte Gedächtnis“: Partisanennarrative und Denkmalsturz

Geschichtspolitik transnational: programmatische Wende in den Jahren 2000-2003?

1. Kontext: Post-Tadjmanismus und sukzessiver politischer Wandel
 - 1.1. Geschichtspolitik der SDP unter Premier Racan: Indifferenz und schleichende Marginalisierung des Extremismus
 - 1.2. Präsident Mesic und der „Antifaschismus“
2. Geschichte und Identitätskonstruktionen
 - 2.1. HDPZ: Opfernarrative – „nur weil sie Kroaten waren“ (1918-1945-1991)
 - 2.1.1. Staatsfetisch: Patrioten, *rodoljubi* und kroatische Nationalisten
 - 2.1.2. Von Tschetniks, Partisanen und serbischen Aufständen: Ethnisierung des Kommunismus

- 2.1.3. Externalisierung: Ustascha, der Faschismus und die Deutschen
- 2.1.4. Erinnerungspraxen: Gedenkzeremonien und Akteurskonstellationen
- 2.2. SABA: Partisanennarrative – Kroatisierung des *Volksbefreiungskrieges*
 - 2.2.1. „Schwarze Legenden“ – Abrechnung mit Kriegsverbrechern und „Faschisten“
 - 2.2.2. Erinnerungspraxen: Gedenkzeremonien und Akteurskonstellationen

3. Geschichtsdeutung im Konflikt

- 3.1. Das heiße Gedächtnis: Ressourcenkampf – Opferentschädigung und Veteranenrente
- 3.2. Symbolkonflikte: (Rück) Umbenennung des *Platzes der Opfer des Faschismus*
 - 3.2.1. Denkmäler: Einweihung und Entweihung

Reformierte HDZ – erfolgreiche De-Tudjmanisierung 2003-2011?

1. Kontext: EU-Beitritt als politisches Programm – Flügelkämpfe und parteipolitische Fragmentierung

- 1.2. Geschichtspolitik der HDZ unter Premier Sanader und Nachfolgerin Kosor: Zwischen den Fronten
 - 1.2.1. Etappen der Europäisierung – Gedenken, Bekennen und Aufarbeiten
 - 1.2.2. Kirche der *Kroatischen Märtyrer* in Macelj

2. Geschichte und Identitätskonstruktionen

- 2.1. HDPZ: Ustaschanarrative zwischen Anpassung und Verweigerung
 - 2.1.1. Ethnopluralismus: das *Kroatentum* und seine Helden von Starcevic bis Gotovina
 - 2.1.2. „Verräter“ und „Diener fremder Herren“ – von serbischen Tschetniks zu kroatischen Kommunisten
 - 2.1.3. Europeanarrative: Imperialismus und „kleine Völker“
 - 2.1.3.1. Aufarbeitungstransfer: Antikommunismus, Antitotalitarismus und roter Faschismus
 - 2.1.4. Erinnerungspraxen: Gedenkzeremonien und Akteurskonstellationen
- 2.2. SABA: Narrative des „Antifaschismus“: Kontinuität und Abgrenzung
 - 2.2.1. *Volksbefreiungskrieg* und *Heimatländischer Krieg* (1991-1995)
 - 2.2.2. Der jugoslawische Sonderweg: Josip Broz Tito – „der größte kroatische Staatsmann“
 - 2.2.3. „Pfaffen“, „Faschisten“, Demokratie und das „zivilisierte Europa“
 - 2.2.4. Erinnerungspraxen: Gedenkzeremonien und Akteurskonstellationen

3. Geschichtsdeutung im Konflikt

- 3.1. „Doppelte Erinnerungsorte“
- 3.2. „Gesplante Erinnerung“ – *Body count*
 - 3.1.2. Gedenkkonkurrenzen
 - 3.1.3. Symbole, Straßennamen und der „patriotische“ Sänger Thompson
- 3.3. Kampf um das Gedächtnis am Beispiel der Initiative *Krug za Trg* – Protestkundgebungen am *Marshall Tito Platz* in Zagreb
 - 3.3.1. Verflechtungen und Akteurskonstellationen
 - 3.3.2. Geschichtspolitik zwischen Erinnerungsmilieus und Aufarbeitungsimperativen

Fazit: Kroatien in Europa?

1. EU-Beitritt und Europafeindlichkeit

- 1.1. Vukovar, Sexualkundeunterricht und der „gottlose Kommunismus“: Zurück zu alten Wohnheiten?
- 1.2. Geschichtspolitik unter Premier Milanovic: Konfrontation und Tudjmans Altlasten
- 1.3. Geschichte und Erinnerung in Kroatien – Bilanz und Perspektiven

2. Aufarbeitung des Kommunismus, demokratische Standards und „Totalitarismus als europäische Meistererzählung“

- 2.1. Erinnerung und Gedächtnis in gespaltenen Gesellschaften

Konzentrationslager – Altenheim – Gedenkstätte. Die Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in Wernigerode – Anspruch und gesellschaftliche Praxis sozialistischer Geschichtspolitik in der DDR-Provinz

Von Mark Homann

Auf dem Boden der DDR existierten bis 1990 einige ehemalige Konzentrationslager, die als antifaschistische Mahn- und Gedenkstätten (*MGS*) eine eminent wichtige Funktion für die SED besaßen. Sie fungierten als politische Instrumente der Selbstlegitimation und Orte des kulturellen Lebens zugleich. Nach 1990 wurden viele dieser Gedenkstätten, sofern sie nicht abgewickelt wurden, vollständig umstrukturiert. Ihre Ausstellungen wurden dabei oftmals kurzerhand entsorgt. Die Forschung hat zwar bereits einzelne wichtige Fragmente der DDR-Geschichte der großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten freigelegt. Welchen Prämissen die Geschichtspolitik an den vielen anderen Gedenkstätten abseits von Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen folgte, welche Akteure an der Geschichtsarbeit beteiligt waren und wie die praktische Erinnerungsarbeit ausgesehen hat, ist allerdings nach wie vor ein Desiderat.

Die heutige *MGS* Veckenstedter Weg in Wernigerode zählte unzweifelhaft zum erweiterten Kreis der bedeutenden KZ-Gedenkstätten der DDR. Während des Zweiten Weltkrieges war auf dem Gelände, das sich seit jeher im Besitz der Stadt befindet, eines der größeren Außenkommandos des KZ Buchenwald untergebracht. Nach 1945 wurden die Baracken erst als Vertriebenenlager, ab 1948 dann als Altenheim genutzt. Obgleich das ehemalige KZ über 25 Jahre ein Teil des städtischen Lebens war, erinnerten bis zur Gründung der *MGS* weder ein Gedenkstein noch eine Gedenktafel an die Ortsgeschichte. 1969 beschloss die SED plötzlich, die Geschichte an das Licht der Öffentlichkeit zurück zu holen und für ihre Zwecke einzuspannen: Das Altenheim wurde geschlossen; es entstand die *MGS des antifaschistischen Widerstandskampfes* – eine Gedenkstätte à la ›Buchenwald en miniature‹. Bis 1974 wurden die Baracken saniert, um Platz für eine aufwendige Dauerausstellung zu schaffen. Seminarräume, ein Archiv und eine Bibliothek entstanden, es gab eine Beschallungsanlage und einen Filmraum. Geleitet wurde die inhaltliche Arbeit von einer Gruppe Historiker und den Kultur- und Agitprop-Abteilungen der SED. Dieser Ort der „Geschichtspropaganda und Gedenkrituale“ (Annette Leo) verzeichnete jährlich mehr als 36.000 Besucher. Mit seinem Gedenkschein, politischen Unterricht, Reisen für Schulklassen und für FDJler, NVA- und Kampfgruppenaufmärschen sowie einen Gedenkstättenlauf avancierte er zu einem elementaren Teil staatlich initiiertes Erinnerungskultur.

Im Dissertationsprojekt soll die widerspruchreiche Geschichte dieses einzigartigen Elements der DDR-Gedenkstättenkultur als KZ, Altenheim und Gedenkstätte nachgezeichnet werden. Der Fokus wird indes auf der Zeit der *MGS* liegen. Zum einen werden die Planung des Gedenkstättenaufbaus seitens der SED auf Kreis- und Bezirksebene zu rekonstruieren sein: Weshalb entschied sich die SED überhaupt dazu, an dem über Jahrzehnte hinaus unbeachteten Ort ein solches Konzept zu verwirklichen, zumal man weitaus bekanntere Alternativen für ein Großprojekt dieser Art in unmittelbarer Nähe gehabt hätte? Warum gedachte man erst so spät der leidvollen Ortsgeschichte: War es Geschichtslosigkeit oder ein oktroyiertes Vergessen? Zum anderen soll detailliert herausgearbeitet werden, wie die praktische Arbeit an einer Gedenkstätte der DDR ausgesehen hat: Wie wurde der Aufbau der *MGS* – Gebäude, Museum, Denkmäler – in organisatorischer und ökonomischer Hinsicht umgesetzt? Wie und von welchen Akteuren wurde Geschichte in der Praxis ›gemacht‹? Um diese Prozesse sichtbar zu machen, sollen die Dauer- und Sonderausstellungen, die didaktischen Konzeptionen und Formen der wissenschaftlichen Aufarbeitung, die Organisation des Gedenkstättenalltags, die Großveranstaltungen sowie der Gehalt der Gedenkstättenpublikationen aufgeschlüsselt werden. Dies impliziert die Frage, inwieweit die SED-Kreis- und Bezirksleitungen bei der inhaltlichen Arbeit partizipierten. An welchen Stellen geriet die Kulturarbeit der Museologen mit den Vorstellungen und Vorgaben der SED in Konflikt? Und auf der Seite der Rezipienten: Welche Identifikationsangebote bot die *MGS* ihren Besuchern? Wurde sie als Teil des normalen Kulturbetriebes wahrgenommen, als Ort des aufrichtigen Geden-

kens oder gar als Propagandainstrument? Kollidierte die Erinnerungspraxis vor Ort mit dem Bedürfnis der Opfer nach Anerkennung und Repräsentation?

Kurzbiografie

Mark Homann, geb. 1979. Bachelorstudium Germanistik/Geschichte, interdisziplinärer Master *Kultur der technisch-wissenschaftlichen Welt*, TU-Braunschweig. Masterarbeit zur Erinnerungskultur ehemaliger SS-Angehöriger. Diverse praktische Erfahrungen im Bibliotheks- und Gedenkstättenbereich. Seit 2012 postgraduales Masterstudium *Bibliotheks- und Informationswissenschaft*, HU-Berlin. Masterarbeit: *Digitale Forschungsinfrastrukturen für die Geschichtswissenschaft*.

Vorläufige Gliederung

1. Einführung – Geschichtspolitik und Gedenkstätten in der SBZ und DDR
2. Zwangsarbeit und KZ-Wesen in Wernigerode 1939-1945
 - 2.1 Das Zwangsarbeits- und Konzentrationslagernetz im Kreis Wernigerode
 - 2.2 Die Baracken am Veckenstedter Weg 1939-1945
 - 2.2.1 Zwangsarbeit für die Aluminiumindustrie
 - 2.2.2 Das Buchenwalder Außenkommando *Richard*
 - 2.2.3 Die Wernigeröder KZ während der Todesmärsche
3. Der Weg ins Vergessen 1945-1970
 - 3.1 Auffanglager für Flüchtlinge und Vertriebene
 - 3.2 Das ehemalige KZ als Alten- und Pflegeheim
 - 3.3 Verschweigen, Vergessen, Erinnern: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit vor Ort
4. Die *MGS* des antifaschistischen Widerstandskampfes
 - 4.1 Die Debatten zum Aufbau der *MGS* im SED-Apparat
 - 4.2 Der Aufbau der *MGS* in organisatorischer, baulicher und finanzieller Hinsicht
 - 4.3 Die Gedenkstättenkonzeption. Ein Buchenwald en miniature
 - 4.3.1 Die Ausstellung – zwischen Gedenken und politischer Selbstlegitimation
 - 4.3.2 Hugo Launicke und Kurt Wabbel als Widerstandssikonen der *MGS*
 - 4.3.3 Der Mythos des siegreichen Widerstandskämpfers: Die Denkmäler der *MGS*
 - 4.4 Die Organisation des Gedenkstättenalltags
 - 4.4.1 Personal, Ausstattung, Finanzierung, wissenschaftliche Arbeit
 - 4.4.2 Gedenkstättenbesucher und didaktische Konzeptionen
 - 4.4.3 Die Gedenkstättenpublikationen
 - 4.5 Die *MGS* als politisch-sakraler Weiheort: Die Großveranstaltungen
 - 4.6 Staatliche Erinnerungskonzeption vs. individuelle Erinnerungsebene
 - 4.6.1 Die Selbstdarstellung der *MGS*
 - 4.6.2 Die Darstellung der Gedenkstätte in den Medien
 - 4.6.3 Die Wahrnehmung von Anwohnern, Besuchern und Opferverbänden
5. Der erneute Weg ins Vergessen: Die *MGS* nach 1990
6. Schlussbetrachtungen

Weltanschauliche Dissidenz und radikale Ethik Rudolf Schottlaender (1900-1988) als intellektueller Grenzgänger

Von Moritz Reininghaus

Zielsetzung, Fragestellung und Methode

Sehr geehrter Herr Prof. Schottlaender!

[...] Wir wollen uns mit dem konziliaren Prozeß näher auseinandersetzen. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – das sind große Worte. Wir finden es wichtig, darüber zu reden, was es konkret für jeden von uns und für uns als Gemeinde bedeutet, darauf hin zu leben. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns am Montag, den 14.3.88 um 19.30 Uhr hier einen Gemeindeabend halten könnten! Das ist unser erster thematischer Abend im Semester und vielleicht könnten Sie etwas zum Thema „Demokratie“ sagen.¹⁰

Das auf den 25. November 1987 datierte Schreiben von Greifswalder Studenten an Rudolf Schottlaender stellt den Schlusspunkt einer langen Reihe von Einladungen kirchlicher Gruppen, Gemeinden und Akademien dar. Die Vortragstätigkeit verdeutlicht nicht nur das persönliche Verhalten des am 4. Januar 1988 verstorbenen Philosophen und Altphilologen in seinem letzten Lebensjahrzehnt, sondern spiegelt auch die Rolle wider, die Schottlaender in innerkirchlichen Diskussionen, vor allem im Zusammenhang mit der „Antifaschismus-Falle“ und Fragen der deutschen Wiedervereinigung, spielte.¹¹ Dass Schottlaender als nichtreligiöser Jude im protestantischen Milieu der DDR eine Außenseiterrolle einnahm, erweitert wiederum das Bild der „Kirche als Gesellschaftersatz“.¹² Inwiefern der am 5. August 1900 in Berlin geborene Schottlaender damit jenem Typus des *Intellektuellen* entspricht, der über Bildung und Wissen verfügt, sich damit auf Anforderungen des Gemeinwesens bezieht und dies „mehr oder weniger öffentlich, nie privat“ vollzieht, bildet dabei als Leitfrage den Hintergrund der Untersuchung.¹³

Geht man von einer solchen öffentlichkeitsorientierten Definition von Intellektualität aus, stellt sich auch die für Rudolf Schottlaenders Zusammenhang grundlegende Frage, ob es in „geschlossenen“ Gesellschaften mit unterdrückten Öffentlichkeiten überhaupt Intellektuelle gibt.¹⁴ Man kann diese Frage mit großer Eindeutigkeit beantworten: „Natürlich, hier schaffen Intellektuelle gegen alle Widerstände eine Gegenöffentlichkeit, und ihre intellektuelle Passion wird zur Risikopassion“.¹⁵ Die kirchlichen Kreise, die Schottlaender in den letzten Lebensjahren vornehmlich als Adressat dienten, können dabei als eine solche Gegenöffentlichkeit bezeichnet werden.

Die soziale Rolle von Intellektuellen wiederum kann mithilfe einer charakterologischen Zuschreibung beschrieben werden, die ebenfalls auf Rudolf Schottlaender zutrifft:

Eigensinn ist wohl ein Privileg von Intellektuellen, das zu den Definitionsbeständen ihrer sozialen Rolle gehört. Ihre Geschichte, vorzugsweise die ihrer „Außenseiter“ freilich, ist so auch die Geschichte ihrer sozialen Exklusion, Marginalisierung und Stigmatisierung. Zugleich sind es gerade diese sozialen Schattenseiten intellektueller Existenz in der Moderne, die als Bedingungen einer hochgradig seismographischen Sensibilität für gesellschaftliche Widersprüche, Spielräume

¹⁰ Evangelische Studentengemeine (Greifswald) an RS am 25.11.1987 (Stabi Berlin, Nachl. 359, Mappe 671. Zur erheblichen politischen Bedeutung des „Konziliaren Prozesses“ für religiös motivierte Oppositionelle: Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn ²2000, S. 617ff.

¹¹ Neubert 2000, S. 317f.

¹² Neubert 2000, S. 309ff.

¹³ Olaf Briese: Die apokalyptische Versuchung des Intellektuellen. Stationen im 20. Jahrhundert, in: Richard Faber (Hg.): Was ist ein Intellektueller? Rückblicke und Vorblicke, Würzburg 2012, S. 39-54, hier: S. 39.

¹⁴ Briese 2012, S. 39.

¹⁵ Briese 2012, S. 39.

und sozialpsychologische Deformationspotentiale die Ausbildung kritischer Intellektualität überhaupt erst ermöglichen.¹⁶

Diese sich an Karl Mannheims Auffassung vom Intellektuellen als „freischwebender Intelligenz“ anschließende Definition beinhaltet eine deutliche Distanz zu gesellschaftlichen Prozessen sowie den Abstand zu politischen und ideologischen Formationen.¹⁷ Damit umschreibt dieser Intellektuellenbegriff ein „Aushalten fragiler Balancen, dem Risiko des Scheiterns in der Ungleichzeitigkeit“, von ‚kleiner Biographie‘ und ‚großer Geschichte‘ [...], eine untergründige Gegenhistorie, die zu gegebener Zeit aus dem übermächtigen Schatten der bisherigen Herrschaftsgeschichte zu treten vermag“. ¹⁸ Insgesamt kann beschrieben, wie die unterschiedlichen politischen Systeme mit Schottlaenders Verhalten jeweils umgingen.¹⁹ Damit fungiert die Studie als „Sonde“, mit deren Hilfe – so zumindest die Hoffnung – das „Funktionieren der Gesellschaft“ ein Stück weit erklärt werden kann.²⁰ Das vorliegende Projekt versteht sich demnach als „erneuerte Biographie“, bei der sich die dichotomische Gegenüberstellung einer lange als „unschuldige Gattung“ abgetanen Biographik und einer sich als „mensenleer“ erweisenden Strukturgeschichte auflöst und sich so die „Rückkehr des Individuums in die Geschichtsforschung“ ausdrückt.²¹

In diesem Sinn versucht die Arbeit über Rudolf Schottlaender die biographische Annäherung an einen Menschen, der bestrebt war, in vier politischen Systemen dem Anspruch eines Intellektuellen gerecht zu werden. Auch das hier beispielhaft dargestellte Verhältnis zu den evangelischen Kreisen ab Mitte der 1970er Jahre verdeutlicht Schottlaenders Bestreben, im verantwortlichen Handeln seine Identität zu finden, wie es auch Hannah Arendt als humanes In-der-Welt-Sein umschrieb. Auch Arendt ging es darum, in der Welt als Individuum verantwortlich zu handeln, wie sie im Vorwort zur ersten Ausgabe der *Origins of Totalitarianism* erläutert. Arendt gab damit eine Definition eines intellektuellen deutsch-jüdischen Grenzgängertums, das für die junge Bundesrepublik und vor allem die DDR in Rudolf Schottlaender einen Vertreter fand.

Schottlaenders Verhältnis zu kirchlichen Kreisen

Während die Vortragstätigkeit vor kirchlichen Kreisen in Schottlaenders Nachlass durch zahlreiche Briefe dokumentiert ist, existiert nur ein einziger leerer Briefumschlag, der die Jüdische Gemeinde Ost-Berlins als Absender aufweist.²² Die daran ablesbare Distanz zu den weitgehend staatstreuen jüdischen Gemeinden in der DDR hatte dabei nicht nur politische, sondern auch grundsätzliche weltanschauliche Gründe. So war Schottlaender bereits mit der Volljährigkeit aus der Jüdischen Gemeinde ausgetreten, da er sich jedoch keiner Religion zugehörig fühlte, war er nie zum Christentum konvertiert, auch wenn dies in der Zeit der Weimarer Republik sicher seinem beruflichen Fortkommen zuträglich gewesen wäre. Deshalb erscheint es erklärungsbedürftig, dass das Verhältnis zu evangelischen Kreisen im Lauf der Zeit so intensiv wurde, dass der Studienleiter der als „Dissidenten-Akademie“²³ bezeichneten Evangelischen Akademie Berlin (EAB), Rainer Graupner, einer der Grabredner auf Schottlaenders Beerdigung war.²⁴

¹⁶ Wolfgang Bialas: Vom unfreien Schweben zum freien Fall. Ostdeutsche Intellektuelle im gesellschaftlichen Umbruch, Frankfurt/M. 1996, S. 19.

¹⁷ Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, Bonn 1929, S. 123ff.

¹⁸ Bialas 1996, S. 28.

¹⁹ Zum „Krieg auf dem Felde der Ideen“: Georg Jäger: Der Schriftsteller als Intellektueller, in: Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg, hrsg. von Sven Hanuschek, Therese Hörnigk und Christine Malende, Tübingen 2000, S. 1-25.

²⁰ Thomas Etzemüller: Biographien, Frankfurt/New York 2012, S. 8 und 73.

²¹ Hans Erich Bödeker: Biographie. Annäherungen an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand, in: Ders. (Hg.): Biographie schreiben. Mit Beiträgen von Hans Erich Brödeker, Beatrix Borchard, Willem Frijhoff u.a., Göttingen 2003, S. 13ff.

²² Jüdische Gemeinde (Berlin Ost) an Rudolf Schottlaender am 3.12.1980 (Stabi Berlin, Nachl. 359, Mappe 797).

²³ Brigitte Sändig: *L'Homme révolté* in Wendezeiten – Eine Camus-Tagung 1991 in Berlin, http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2009/2957/pdf/saendig_camus_btr07.pdf (abgerufen am 24.12.2013).

²⁴ Typoskript der Grabrede von Rainer Graupner (Archiv des Verfassers).

Die EAB wurde für Schottlaender bereits kurz nach seiner Emeritierung zum wichtigsten Öffentlichkeitsraum. So eröffnete er die vom 17. bis zum 20. August 1967 in der Stephanus-Stiftung in Berlin-Weißensee stattfindende Tagung „Sachlichkeit und (Vor-)Urteil – Maßstäbe der Mitmenschlichkeit“ mit dem Vortrag „Fakten und Folgerungen. Kriterien der Urteilsbildung“.²⁵ Zu diesem Zeitpunkt war also noch vorrangig Schottlaenders philosophische Kompetenz gefragt, zumal der Kontakt zur EAB aus der Zeit seiner aktiven universitären Laufbahn stammte.²⁶ In der EAB war 1970 aber auch die Staatssicherheit auf Schottlaender einmal mehr aufmerksam geworden.²⁷

Schottlaenders Vortrag bei der *Berliner Begegnung zur Friedensförderung* im Dezember 1981 hatte ihn dann offenbar auch bei politischen Themen wie *Frieden, Freiheit und Demokratie* interessanter werden lassen.²⁸ So berichtet die Staatssicherheit von zwei Treffen in der Berliner Samariter-Gemeinde zur Nachbereitung der mehr als prominent besetzten, von Teilen der DDR-Opposition jedoch aufgrund ihres „offiziellen Charakters“ abgelehnten Veranstaltung.²⁹ Den Informanten, so heißt es in einem der Berichte, habe das Publikum der zweiten Veranstaltung „sehr an das von den Mitte der 70er Jahre im Jugendclub Langhansstraße (Weißensee) durchgeführten ‚Eintopf‘-Veranstaltungen erinnert [...]; ein Teil dieses Publikums wurde von XXX als ‚Unterground‘ [sic] bezeichnet“. Schottlaender habe diesem Umstand Rechnung getragen und „von allen eventuellen Versuchen, ihn für irgendwelche vordergründigen politischen Zielrichtungen vereinnahmen zu wollen, abgegrenzt, indem er zu verstehen gegeben habe, daß er kein Märtyrer sei und es auch nicht werden wolle“. Dennoch hätten Vertreter der Sicherheitsorgane Schottlaender darauf aufmerksam gemacht, dass „bestimmte kirchliche Kreise Befürchtungen geäußert hätten, Schottländer [sic] könnte durch sein Auftreten das Verhältnis zwischen Staat und Kirche trüben.“ Obwohl er sich „in Kreisen der Kirche erkundigt habe, wem seine Auftritte nicht passen und wer eine solche Information an die Sicherheitsorgane gegeben habe, hätte er keinen finden können, der es gewesen sein wollte, habe er trotzdem erklärt, dass er „vor der Kirche nicht mehr auftreten werde, wenn sie etwas gegen seine Person hätte.“³⁰ Damit schlägt sich hier die innerkirchlichen Diskussionen um das Verhältnis zur DDR nieder, wie sie seit dem „Burgfrieden“ zwischen Staat und Kirche vom März 1978 verstärkt geführt wurden. Den Veranstaltern auf Seiten der Kirchengemeinde wiederum ging zunächst offenbar vor allem um eine Erweiterung des Spektrums von Themen und Referenten. So wurden in dieser Zeit auch Personen wie die Schriftsteller Stefan Heym und Rolf Schneider oder der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski in die Gemeinde eingeladen, die dezidiert keinen kirchlichen Bezug und bei der Auswahl ihrer Themen keine Furcht vor eventuellen staatlichen Repressionen oder beruflichen Nachteilen hatten.³¹

Schottlaenders Verhältnis zu den kirchlichen Kreisen war dabei alles andere als von theologischem Einverständnis geprägt. Dies wird deutlich, wenn er am 29.10.1987 an Pfarrer Johannes Hildebrandt von der Arbeitsgemeinschaft Judentum und Christentum in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg schreibt, dass er mit seinen Kräften „mehr haushalten“ müsse als früher.³²

Dass es sich bei der Anführung des fortgeschrittenen Lebensalters wohl eher um einen Vorwand handelte, um den weltanschaulichen Graben zwischen ihm und den kirchlichen Kreisen in aller Höflichkeit zu betonen, verdeutlicht Schottlaenders Engagement für die *Initiative*

²⁵ Programm der Sommerakademie der Evangelischen Akademie Berlin [Elisabeth Adler/Manfred Punge] vom Juni 1967 (Stabi Berlin, Nachl. 359, Mappe 667, Bl. 1).

²⁶ Hans-Georg Fritzsche an RS am 4.2.1964 und 14.3.1967 (Stabi Berlin, Nachl 359, Mappe 692, Bl. 1 u. 2).

²⁷ Eröffnungsbericht zur Eröffnung des OV „Schreiber“ der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, Abteilung XIX vom 7.8.1979 (BStU, MfS BV-Berlin, XV/3263/79, Archiv Nr. 5124/88, Bd. 1, Bl. 11).

²⁸ Berliner Begegnung zur Friedensförderung. Protokolle des Schriftstellertreffens am 13./14. Dezember 1981. Der vollständige Text aller Beiträge aus Ost und West, Darmstadt/Neuwied 1982, S. 153-156.

²⁹ Erkenntnisse zu den operativ bekannten Schottländer, Rudolf Schottlaender und XXX (BStU, MfS HA XX/4, Nr. 1228, Bl. 23). Wolfgang Apfeld, damals Vorsitzender des Gemeindegemeinderats der Samariter-Gemeinde, bezieht sich noch 1984 in einer Einladung auf die „Berliner Begegnung“ (Wolfgang Apfeld an RS am 7.1.1984, Stabi Berlin, Nachl. 359, Mappe 562). Die mit „XXX“ gekennzeichneten Stellen sind geschwärzt.

³⁰ Erkenntnisse zu den operativ bekannten Schottländer, Rudolf und XXX (BStU, MfS HA XX/4, Nr. 1228, Bl. 24).

³¹ Interview des Verf. mit Rainer Eppelmann am 8.12.2013.

³² RS an Johannes Hildebrandt [Arbeitsgemeinschaft Judentum und Christentum in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg] am 29.10.1987 (Stabi Berlin, Nachl. 359, Mappe 1271).

Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung (IAPPA). Zwar konstatierte auch angesichts der „deutschlandpolitisch weitestgehende[n] Initiative in beiden deutschen Staaten“³³ die Staatssicherheit:

*Es sollen hinter der Aktion auch namhaften Theologen stehen, was „Schreiber“ [d.i. Rudolf Schottlaender] nicht so gut gefällt. Er will aber versuchen, in seinen Arbeiten trotz bestehendem Meinungsunterschied zu theologischen Positionen möglichst Übereinkunft mit den Ambitionen der Theologen zu erreichen.*³⁴

Schottlaender, der von den Initiatoren der IAPPA um Unterstützung gebeten worden war, hatte sich dennoch umgehend seine Hilfe zugesagt. Die Ziele dieser – in Kirchenkreisen mehr als kontrovers diskutierten Initiative – konnte er wohl ohne Ausnahme befürworten. So entwickelte der Naumburger Studentenpfarrer Edelbert Richter mit seiner deutschlandpolitischen Vorstellung einer Konföderation beider deutschen Staaten eine Idee, die stark an die Schottlaenders Konzept aus den 1950er Jahren erinnert und mit der dieser seinen Beamtenstatus in West-Berlin bezahlt hatte.³⁵ Daher erscheint es nicht als Zufall, dass Schottlaender mit zwei Texten in den *Aufrissen*, einer Sammlung von Texten der Bewegung, vertreten ist. In seinem Text „Die ethische Verantwortung des Wissenschaftlers“ entwickelt er eine grundsätzliche philosophische Kritik an Marx' elfter *Feuerbachthese*, die im Eingangsbe- reich der Humboldt-Universität noch heute verewigt ist und positioniert sich nun auch politisch mehr als eindeutig:

*Wenn ich mich also von der genannten Marxschen These distanzieren, so tue ich das im Anschluss an den Gründer unserer Universität [Friedrich Schleiermacher], dem ich mich in höherem Grad verpflichtet fühle als den Neugründern, die seit mehr als 40 Jahren dort regieren.*³⁶

Kurzbiographie

Moritz Reininghaus, 1978 geboren, studierte Geschichte, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft und Philosophie in Potsdam, arbeitete am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien sowie als Projektmitarbeiter am Institut für Germanistik/Jüdische Studien an der Universität Potsdam. Von 2006 bis 2012 war er Redakteur der *Jüdischen Zeitung* und u.a. für den *Tagesspiegel* und den *Rundfunk Berlin-Brandenburg* als freier Mitarbeiter tätig. Seit 2013 promoviert er bei Prof. Dr. Martin Sabrow an der Humboldt-Universität zu Berlin.

³³ Neubert 2000, S. 678.

³⁴ Operativinformation Nr. 103/87 der Abteilung XIX vom 13.8.1987 (BStU, MfS BV-Berlin, XV/3263/79, Archiv Nr. 5124/88, Bd. 12, Bl. 242).

³⁵ „Quod licet ministro, non licet magistro“, Interview mit RS, in: *Konkret* vom Juni 1959; Rudolf Schottlaender: *Theorie des Vertrauens*, Berlin (West) 1957, S. 124ff.

³⁶ Rudolf Schottlaender: *Die ethische Verantwortung des Akademikers*, in: *Aufrisse* (1/1988), S. 52.

Vorläufige Gliederung der Arbeit

1. Einleitung

1.1 Forschungsstand

1.2 Theoretischer und methodischer Forschungsansatz

1.3 (Auto-)Biographie- und Intellektuellenforschung

1.4 Für das Forschungsprojekt zur Verfügung stehende Quellen und Literatur

1.4.1 Einordnung der Autobiographie „Trotz allem ein Deutscher“

1.4.2 Wissenschaftliche Schriften

1.4.3 Politische Publikationen

1.4.4 Im Nachlass überlieferte Korrespondenz

1.4.5 Unterlagen aus der BStU, insbesondere Abhörprotokolle und Berichte des MfS aus dem „OV Schreiber“

2. Außerhalb der *academic community*: Bis 1933

2.1 Kindheit und Jugend

2.2 Schulzeit

2.3 Studium, Promotion und (verhinderte) akademische Karriere

2.4 Erste Ehe (mit Hilde Stern)

2.5 Das Verhältnis zu den „Großen der Philosophie“

2.6 Günther Anders und Hannah Arendt

2.7 „Proust oder ähnlich“: Die Übersetzung der „Suche nach der verlorenen Zeit“ (1926)

3. Das Leben als „Unperson“. 1933 bis 1945

3.1 Zweite Ehe

3.2 Zwangsarbeit und Verfolgung

3.3 Allgemeine Situation von jüdischen Männern in „privilegierten Mischehen“

3.3.1 Vergleichbare Schicksale (Victor Klemperer)

3.4 Befreiung

4. „Freie Jahre“. 1946 bis 1948

4.1 Wissenschaft in der SBZ

4.2 Schottlaenders Lehrstuhl für Philosophie in Dresden

4.3 Dritte Ehe

5. West-Berlin. 1949 bis 1959

5.1 Die politische Situation in West-Berlin in den 1950er Jahren

5.2 Tätigkeit als Gymnasiallehrer

5.3 „Theorie des Vertrauens“ (1957)

5.4 Engagement gegen die Wiederbewaffnung – Einbettung in die Neutralismus-Debatte

5.5 Entlassung aus dem Schuldienst und Verlust des Status als „politisch und rassistisch Verfolgter“

6. „Halb willkommen“ – zurück in der DDR. 1960 bis 1965

6.1 Die politische Situation in der DDR in den 1960er Jahren

6.1.1 Die Humboldt-Universität in den 1960er Jahren

6.2 Die Tätigkeit als Altphilologe und Hochschullehrer

6.3 Erstes Kontakte zur DDR-Opposition

6.4 Das Engagement für Heinz Brandt

7. Unruhiger Ruhestand. 1966-1988

7.1 Das Publikationsvorhaben „Verfolgte Berliner Wissenschaft“

7.2 Überwachung durch das MfS

7.3 Reisen in den Westen

7.4 Publikationen in westdeutschen Verlagen und Kontakte in den Westen

7.4.1 Deutsch-deutscher Wissenschaftstransfer

7.4.2 Die lebenslange Freundschaft zu Kurt Badt

7.5 Das Verhältnis zur DDR und zur dortigen Opposition

7.5.1 Nico Hübner

7.5.2 Robert Havemann

7.5.3 Wolfgang Harich

7.5.4 Rainer Schottlaender

7.6 Rudolf Schottlaender und der christlich-jüdische Dialog in der DDR

8. Zusammenfassung und Analyse

„Was sind Sie denn für ein Mensch?!“ Wandel der Moralvorstellungen in der DDR-Fernseh-Krimiserie *Polizeiruf 110*.

Von Philipp Wille

„Was sind Sie denn für ein Mensch?“ Mit dieser Frage redet der VP-Chefermittler Hauptmann Fuchs verwerflichen Subjekten ins Gewissen. Die Frage ist jedoch mehr als eine moralische Ermahnung, denn sie rekurriert auf eines der wichtigsten Ideologeme des Marxismus-Leninismus, auf dessen quasi heiligen Kern: Der neue Mensch des Kommunismus und mit Bezug darauf eine ganz konkrete Vorstellung davon, wie die Menschen im Realsozialismus sein sollen.

Bei der vergleichenden Betrachtung der Moralvorstellungen in *Polizeiruf 110* von 1971-1989/90 wird ganz deutlich, dass in der Filmreihe die Bezüge zur weltfremden Ideologie immer weiter verloren gehen; es handelt sich immer weniger darum, wie der neue, gute, solidarische Mensch sein *soll*, vielmehr geht es zunehmend darum, wie der alltägliche, individuelle Mensch in seinen menschlich-allzumenschlichen Abgründen *ist*.

Das wesentliche Anliegen der Untersuchung ist der Nachweis des Endes der Utopie in den vorherrschenden Normen und Werten in der DDR von 1971-1989/90. Eine Diskursanalyse aller in der DDR produzierten Episoden von *Polizeiruf 110* kann besondere Aufschlüsse geben, da sich im Verlauf der Serie die Verschiebung im Kräfteverhältnis von Anspruch zur Wirklichkeit der DDR abzeichnet. Der Diskurs in *Polizeiruf 110* fungiert als Vermittlungsinstanz zwischen dem Wandel offizieller Ideologeme des Marxismus-Leninismus einerseits und dem tatsächlichen Denken der DDR-Bürger andererseits, denn die erfolgreichste DDR-Fernsehserie kann als das am weitesten akzeptierte staatliche Massenmedium angesehen werden.

Der Marxismus-Leninismus lässt sich von seiner Herkunft aus dem jüdisch-christlichen Denken – und besonders vom Gesichtspunkt des heilsverheißenden Ziels des Kommunismus, dessen universale Auflösung aller Widersprüche der Menschheit quasi das Paradies auf Erden darstellt – als Religionsersatz begreifen. Wichtig ist die Feststellung, dass ein Religionsersatz nicht dasselbe wie die jüdischen und christlichen Religionen/Konfessionen ist, sondern bloß *einige Funktionen*, die früher von den Kirchen gestellt wurden, unter den veränderten gesellschaftlichen Vorzeichen der Moderne übernimmt. Die Hervorhebung der quasireligiösen Züge der Ideologie bietet für die Untersuchung den heuristischen Vorteil, die offizielle Ideologie und ihren Monismus (das Dogma), reformkommunistische Abweichungen („Häresien“), die bürokratische Hierarchie der Partei (als quasi-priesterliche Struktur) mit der Legitimation (Glaube an die ideologische ‚Wahrheit‘) in dem *Begriff* des Religionsersatzes zusammen zu denken.

Zum Verständnis des Realsozialismus kann in dieser Logik auch der Begriff der Parusieverzögerung beitragen, womit die Erklärungsnot bezeichnet wird, in die die christliche Kirchen geraten, je weiter nach dem Auftreten des Messias' der versprochene Tag des Jüngsten Gerichts auf sich warten lässt: Um so länger die Revolution zurückliegt und je weiter der Sprung in den Kommunismus vertagt wird, desto fragwürdiger wird die Parteidiktatur und ihr revolutionärer Terror, da aus geplanten Übergangsphänomenen Dauerinstitutionen geworden sind.

Nach der Entartung des Marxismus in die blutrünstige Form des Stalinismus und der imperialistischen Etablierung in den osteuropäischen Staaten entsteht in Ostdeutschland ein Staat, der sich selbst als sozialistisch bezeichnet und in dem sich unter stalinistischen Vorzeichen alte Arbeiterbewegungstraditionen und humanistische Bildungsideale mit militärischen Disziplinierungsstrategien vermischen.

Als nach zwanzig Jahren des Aufbaus Honecker den „Baumeister des Sozialismus“ ablöst, hat die DDR auf dem Papier ein beachtliches Wirtschaftswachstum vorzuweisen, das den großzügigen Versprechungen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eine gewisse Plausibilität verleiht. Auch der Ausspruch, im Sozialismus dürfe es keine Tabus geben, nährt

die Hoffnungen nach demokratischen Reformen. Doch schon ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erweisen sich diese Hoffnungen zunehmend als Illusionen. In den Achtziger Jahren wird dann endgültig unübersehbar, dass der Westen ökonomisch und technologisch nicht mehr einzuholen ist. Überall in der DDR offenbaren sich Dysfunktionalität der Planwirtschaft und Mängel in der Versorgung – was schließlich dazu führt, dass das sozialistische Prinzip Hoffnung endgültig seine Plausibilität einbüßt. Im Gegensatz zu den Siebziger Jahren glauben kaum noch DDR-Bürger in den Achtziger Jahren daran, dass in Zukunft etwas besser werden könnte.

Kurz nach seinem Machtantritt 1971 erklärt Honecker, dass eine „gewisse Langeweile“ des DDR-Fernsehens überwunden werden müsse und fordert mehr Spannung und Unterhaltung. Die daraufhin erfolgte Etablierung der Krimiserie *Polizeiruf 110* erweist sich als größter Erfolg des Ostfernsehens. Die Ermittlungen der VP-Kriminalisten entwickeln sich schnell zum Straßenfeger, warten mit sagenhaften Einschaltquoten von meist über 50 Prozent auf. Neben dem großen Erfolg ist es vor allem die Besonderheit des Genres, die den Machern der Serie ein wenig mehr Freiheit bei der Gestaltung lebensnaher Probleme der DDR-Gesellschaft ermöglicht. Manchmal wird sogar Kritik an den realsozialistischen Verhältnissen sagbar, wenn sie von einem Kriminellen geäußert wird.

Die Krimiserie *Polizeiruf 110* spiegelt in besonderer Weise den ideologischen Umgang mit Problemen der DDR-Gesellschaft wider. Die Auswahl und Thematisierung von Verbrechen wird in Relation zur Kriminalitätsstatistik vorgenommen. Zudem finden zu didaktischen Zwecken auch immer wieder gesellschaftliche Probleme, wie z.B. Alkoholismus, Eingang in den *Polizeiruf*.

Bei der Betrachtung der Serie im historischen Verlauf 1971-1989/90 fällt auf, dass in späteren Folgen Probleme aufgegriffen werden, die in früheren Episoden *unsagbar* waren. Noch deutlicher wird der Wandel bei der Bewertung von Verbrechen und falschen Denk- und Verhaltensweisen. Die Bewertung eines Einzelfalls wird stets auf der Grundlage eines bestimmten allgemeingültigen Wertkanons vorgenommen. Moralvorstellungen sind der mikroskopische Ausdruck der ideologischen Verhältnisse. Da viele Verbrechen, zwischenmenschliche Konflikte und moralische Typen in *Polizeiruf 110* mehrfach aufgegriffen werden, kann über den Vergleich der moralischen Bewertungen der fortschreitende Bedeutungsverlust der marxistisch-leninistischen Ideologie herausgestellt werden.

In den ersten Folgen werden vor allem Kapitalverbrechen verhandelt wie Überfall, Versicherungsbetrug und Erpressung, aber auch Vergewaltigung und Kindesmissbrauch. Die Figuren dieser frühen Episoden sind meist recht holzschnittartig gezeichnet, da sie als reine Funktionen des Klassenmodells angelegt sind. Die Täter treten stets als Außenseiter der sozialistischen Gesellschaft auf. Es sind immer bürgerliche Subjekte, die ihren sicheren Untergang mit krimineller Energie aufzuhalten versuchen. Ihre moralischen Einstellungen sind ganz offensichtlich verkommen; es sind meist Typen einer erkonservativen Bürgerlichkeit oder rücksichtslose Egoisten. Diese Figuren sind so angelegt, dass ihr Scheitern gesetzmäßig erscheint. Es sind stets Relikte der bürgerlichen Gesellschaft, deren Aussterben eine Frage der Zeit ist. Auch die Triebtäter werden als Produkte einer falschen und veralteten Erziehung hingestellt. Mit dem Aufzeigen eindeutiger Ursachen von Kriminalität und abweichendem Verhalten suggeriert man die Überwindung solcher gesellschaftlichen 'Kinderkrankheiten' durch fortschreitende revolutionäre Umgestaltung. In der frühen Phase des *Polizeiruf 110* sind deshalb auch viele Figuren vorhanden, die den Sieg des Neuen verkörpern. Fast immer tritt den verkommenen Elementen eine entschlossene Mehrheit sozialistischer Menschen entgegen. Gerade bescheidene ArbeiterInnen werden oftmals als positive Gegenbeispiele inszeniert. Sie handeln nicht nur entschlossen und mit klaren Klassenstandpunkten gegen die Menschen mit falschen Einstellungen, sie zeigen zudem stets eine hoffnungsvolle Perspektive auf, indem sie in Not und in moralische Unsicherheiten geratene Menschen mit Hilfsbereitschaft und Solidarität beegnen.

Ab der Mitte der siebziger Jahre verschwinden jedoch die ausschließlich in der Logik des Klassenkampfes gezeichneten Figuren. Es gibt kaum noch Figuren, die ausschließlich gut o-

der böse sind, vielmehr treten hauptsächlich Charaktere auf, die auch ein wenig Böses in sich haben. Man geht bei den Erzählstrukturen zur offenen Täterführung über, d.h. der Zuschauer weiß in den meisten Fällen schon zu Beginn, nach wem die Volkspolizei sucht. Damit einher geht eine stärkere Individualisierung und Psychologisierung der Figuren. Im Mittelpunkt stehen nun nicht mehr die eigentlichen Ganoven, sondern jetzt sind oft die kleine Mitläufer, die Verführten und Gedrängten, die tragischen Antihelden der Serie. Sie sind meist keine Außenseiter, sondern stehen mitten in der DDR-Gesellschaft und verkörpern viele Wünsche und Sehnsüchte des Menschlich-allzumenschlichem. Die Handlungen der Serie zeigen mit belehrenden Untertönen auf, wie solche Sehnsüchte und Wünsche von verbrecherischen Subjekten missbraucht werden können, die für ihre krummen Touren nur einen 'Handlanger' brauchen. Auffallend oft kommen zum Ende einer Episode diese Figuren zu der Erkenntnis, dass sie sich irrtümlich zu kriminellen Machenschaften verführen ließen. Hierbei handelt es sich jedoch um vielmehr als um die Einsicht in Recht und Unrecht; es wird stets die Einsicht in die *eine* Wahrheit der sozialistischen Notwendigkeit dargestellt.

Zwar gibt es auch weiterhin eindeutig positiv besetzte Gegenfiguren, diese sind jedoch für die Handlung meist nebensächlich, da aufgezeigt werden soll, wie die Verunsicherten und Fehlgeleiteten schließlich doch zum Guten finden.

Manchmal findet sich in den Episoden der Siebziger Jahre auch (begrenzte) Kritik an den realsozialistischen Verhältnissen, diese werden aber dialektisch betrachtet, d.h. es wird bei der Feststellung von Widersprüchen gleichzeitig ihre geplante Auflösung mitgedacht. Beantwundet werden somit Probleme, mit denen die realsozialistische Gesellschaft *noch* leben muss.

Besonders über das solidarische Verhalten von Mitmenschen wird in den Episoden der Siebziger Jahre stets eine Hoffnung machende Möglichkeit aufgezeigt, wie die auftretenden Probleme zu bewältigen sind.

Die realsozialistische Heile-Welt-Idylle bekommt zu Beginn der Achtziger Jahre offensichtliche Risse. Mit der Folge *Der Teufel hat den Schnaps gemacht* wird 1981 zum ersten Mal eine völlig ausweglose Situation geschildert: Der Tod ihres Kindes hat ein Ehepaar zu Trinkern gemacht, die aufgrund ihres Alkoholismus' erst sozial abrutschen und schließlich kriminell werden. Von da an stehen immer wieder Menschen im Mittelpunkt der Handlung, die Schicksalsschläge erleiden, mit denen sie einfach nicht fertig werden. Die Dramatisierung unlösbarer Fälle existenzieller Kontingenz erweist sich als Eingeständnis, dass die Ideologie entgegen des eigenen Anspruchs nicht mehr alle menschliche Probleme verstehen kann.

Im Laufe der Achtziger Jahre verbreitet sich zunehmende Resignation. Neben Trinkern gehören zynische und perspektivlose Typen zum Repertoire. Weit verbreitet ist vor allem der Egoismus. Insgesamt zeigen sich immer deutlicher die Tendenzen zu einer Ellenbogengesellschaft, in der jeder zusehen muss, wo er bleibt. Im *Polizeiruf* der Achtziger Jahre scheitern viele gute Menschen, die einfach zu gut sind. Zwar werden die Kriminellen auch weiterhin immer von der VP geschnappt, doch die moralische Verurteilung ihrer Taten geht zunehmend verloren. Oftmals werden die verbrecherischen Handlungen sogar aufgrund der problematischen Verhältnisse als nachvollziehbar gestaltet; so veranlasst z.B. mehrmals der Wohnungsmangel zu Diebstählen, um von dem erbeuteten Geld ein Haus kaufen zu können. Zwar gibt es auch weiterhin gute Gegenspieler, diese agieren aber schon viel weniger aufgrund von sozialistischen Überzeugungen, sondern aufgrund von ganz allgemeinen positiven Werten wie Aufrichtigkeit, Fairness im alltäglichen Umgang, Liebe und Freundschaft. Dies sind Werte, die sich ex negativo mit dem Realsozialismus gut vereinbaren lassen, doch explizite marxistisch-leninistische Äußerungen bleiben völlig aus. Auffällig ist auch, dass die 'Guten' meist nicht mehr aus dem beruflichen Umfeld und dem Bekanntenkreis entstammen, sondern, wenn sie überhaupt vorhanden sind, aus dem unmittelbaren familiären Umfeld kommen.

Insgesamt zerfällt in den Achtziger Jahren die gesellschaftliche Einheit. Überall schwingt die biedermeierliche Stimmung der ostdeutschen Nischengesellschaft mit; die Menschen verkriechen sich ins Private. Besonders die jüngere Generation steht außerhalb des sozialen Lebens. Immer wieder irren einsame aber nicht unbegabte Jünglinge durch eine Gesellschaft, die sie nicht versteht und ihnen keine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung einräumt.

Die ältere Generation baut dagegen lieber am Eigenheim – wenn es nicht anders geht auch mit im Betrieb geklauten Materialien. Auch dies erfährt zunehmend Rechtfertigung, denn in den späten Achtziger Jahren wird nicht nur immer deutlicher, dass die Altstädte verrotten, auch aus dem lebensfeindlichen Charakter der monströsen Hochhäuser in den Neubausatelliten-Städten machen die letzten vor dem Mauerfall produzierten *Polizeiruf-110*-Episoden keinen Hehl mehr. Bei der Verdichtung von Symptomen des gesellschaftlichen Niedergangs ist es nicht verwunderlich, dass die offizielle Ideologie und ihr Anspruch der alleinigen Wahrheit immer mehr zur hohlen Phrase wird und schließlich in der 1989 zuerst ausgestrahlten Episode *Der Wahrheit verpflichtet* selbst von der Volkspolizei als Phrase entlarvt wird.

Kurzbiographie

Philipp Wille, 1984 in Parchim geboren, studierte in Leipzig Mittlere und Neuere Geschichte, Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie Komparatistik. Das Interesse an osteuropäischer Kultur und Geschichte veranlasste ihn zu diversen Reisen und zu längeren Aufenthalten in Minsk und Moskau. In seiner Magisterarbeit über Kriegsliteratur in der Weimarer Republik untersuchte er unter moralphilosophischen Gesichtspunkten die Herkunft des Faschismus.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. Teil: Sozialismus als Religionsersatz

1.1 Funktionalistische Religionstheorien

1.1.1 Bedürfnis nach Kontingenzbewältigung als anthropologische Grundannahme

1.1.2 Die Moderne als Zeitalter der Säkularisierung

1.1.3 Ideologien als funktionale Äquivalente von Religionen

1.2 Narrative Strukturen von Mythen

1.3 Die Moderne und ihre drei quasireligiösen Ideologien

1.4 Zur Genealogie des realsozialistischen Religionsersatzes

1.4.1 Der heilige Mensch - Der Humanismus des jungen Marx

1.4.2 Eschatologie bei Marx - Fritz Gerlich, Jacob Taubes, Karl Löwith

1.4.3 Universalisierung durch Engels

1.4.4 Die Dogmatisierung der Ideologie in der Sowjetunion - Lenins Politik und der

Marxismus-Leninismus als stalinistische Weltanschauung

1.4.5 Zur historischen Idiosynkrasie der DDR

1.5 „Real existierender Sozialismus“ als Religionsersatz

1.5.1 Die Ideologie des Realsozialismus

1.5.2 Zeremonien und Riten, die SED als Kirche

1.5.3 „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ - Dogma und inquisitorische

Methoden

1.5.4 Kontingenz in der DDR und offizielle Kontingenzbewältigungsangebote

1.5.5 Moralische Schuld im Realsozialismus

2. Teil: Moral als mikroskopischer Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse

2.1 Heuristische Metatheorie: Dialektischer Materialismus

2.2 Sozioökonomische Entwicklungen in der DDR 1971–1989

2.2.1 Die Modernisierungsfalle: Volkswirtschaft oder Konsum?

2.2.2 Systemimmanente Dysfunktionalität der Planwirtschaft

2.2.3 Gesellschaftliche Differenzierungen

2.3 Zunehmender Legitimationsschwund der SED-Ideologie in der ostdeutschen Bevölkerung

2.3.1 Westliche Orientierungen

2.3.2 Enttabuisierung des Privaten und endgültige Etablierung der Nischengesellschaft

2.3.3 Nicht-sozialistische Ideologien in der DDR

2.4 Ergebnisse des Leipziger Instituts für Jugendforschung

3. Teil: Moralvorstellungen in Polizeiruf 110 1971–1990

3.1 Warum diese Serie?

3.2 Sozioökonomische Entwicklungen in *Polizeiruf 110*

3.2.1 Euphemistische Aufbaustimmung in den frühen 70er Jahren

3.2.2 Das Ende des Prinzips Hoffnung am Ende der 70er Jahre

3.2.3 Der allgegenwärtige Mangel, Resignation und endgültige

Partikularisierung in den 80er Jahren

3.3 Das Menschenbild in *Polizeiruf 110*

3.4 Polemogene Moral und Verbote

3.4.1 Die Sieben Todsünden der DDR-Bürger

3.4.1.1 Faulheit

3.4.1.2 Habgier

3.4.1.3 Hochmut

3.4.1.4 Maßlosigkeit/Alkoholismus

3.4.1.5 Neid

3.4.1.6 Zorn

3.4.1.7 Wollust

3.4.2 Das Gute: Ideologisch korrekt oder einfach nur menschlich?

3.5 Perspektivlosigkeit: Zynismus, Nihilismus, Alkoholismus, suizidale Tendenzen

3.6 Verbotene bzw. geschnittene Episoden

3.7 Zusammenfassung

3.8 Schlussfolgerungen für den Bedeutungsverlust des Religionsersatzes

Schlussbetrachtung

„Transformationsprozesse und finanzielle Engpässe: Entwicklungen und Herausforderungen der Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990. Eine Analyse am Beispiel ausgewählter Museen in Greifswald, Rostock und Schwerin“ (Arbeitstitel)

Von Stefanie Kracht

Mecklenburg-Vorpommern hat einen mehr als 20jährigen Umbauprozess in allen gesellschaftlichen Teilbereichen hinter sich, der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch nach 1990 und der Bevölkerungsverlust stellen das kleine Land weiterhin vor große Herausforderungen.

Dass das strukturschwache Flächenland heute über ein vielfältiges, landesweites und dezentrales Netz kultureller Einrichtungen verfügt, ist auch diversen Förderprogrammen des Bundes zu verdanken.

Neben den Theatern und einer breiten Festival- und Eventkultur halten die Museen im Land ein ganzjähriges Kulturangebot vor. Ihre Zahl ist seit 1990 stetig auf heute über 200, mit den Heimatstuben sogar auf mehr als 250 gestiegen. Neben den Künstlerkolonien und Personalmuseen haben das Meeresmuseum in Stralsund, das 2008 mit dem Ozeaneum spektakulär vergrößert wurde und das Historisch-Technische-Museum in Peenemünde überregionale Bekanntheit. Unter den Kultur- und Kunstmuseen sind das Staatliche Museum Schwerin und das Pommersche Landesmuseum Greifswald die größten im Land. Beide Häuser stehen mit der Rostocker Kunsthalle als Forschungsobjekte im Fokus des hier vorgestellten Vorhabens.

1. Forschungsgegenstand: Kulturpolitik, Struktur der Kulturlandschaft und Entwicklung der Museen

Kulturpolitik in Deutschland ist vor allem Ländersache und wird durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. Neben politischen und rechtlichen Vorgaben sind besonders die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend für das kulturelle Klima einer Stadt oder Region. Wirtschaftskraft, Höhe des Steueraufkommen oder Finanzausgleich beeinflussen die jährlichen Kulturhaushalte und die zur Verfügung stehenden Fördermittel privater Geldgeber aus Wirtschaft und Gesellschaft. In den neuen Bundesländern sind die kulturpolitischen Entwicklungen nach dem Systemwechsel 1989/90 durch die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse geprägt.

Mit der Analyse der zurückliegenden 23 Jahre soll der Wandel des kulturellen Sektors in drei bedeutenden Städten eines Bundeslandes beschrieben werden. Die genannten Museen in Greifswald, Rostock und Schwerin haben sich sehr unterschiedlich entwickelt - welche Faktoren für Erfolg und Misserfolg ausschlaggebend sind, ist eine zentrale Fragestellung der Arbeit. Anhand der Untersuchung sollen die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen identifiziert werden, die z.B. von politischen Vorgaben, Zielen und Strategien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und dem Umfang bürgerschaftlichen Engagements einer Bevölkerung abhängen.

Dabei muss auch das kulturelle Umfeld vor Ort, die kommunale Kulturpolitik und die Entwicklung der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden. Wie in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung³⁷ üblich, wird für die Entwicklung seit dem Systemwechsel von einem Phasenmodell von Ende/ Zusammenbruch, Aufbau und Konsolidierung ausgegangen. Die ausgewählten Museen stehen exemplarisch für die unterschiedlichen Wege im neuen System: das Staatliche Museum Schwerin für *Kontinuität*, die Rostocker Kunsthalle für *Wandel* und das Pommersche Landesmuseum in Greifswald für einen *Neubeginn*.³⁸

2. Die Situation von 1989/1990: Zusammenbruch und Neubeginn

Basierend auf dem Einigungsvertrag sicherten Infrastrukturförderprogramme des Bundes von

³⁷ Z.B: Wolfgang Merkel: Systemtransformation. Wiesbaden, 2000; Raj Kollmorgen: Ostdeutschland: Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden. 2005 sowie Claus Offe und Burkhard Wehner

³⁸ Vgl. Andreas Wagner „Musealisierung der DDR-Alltagsgeschichte“ in: Mitteilungen des Museumsverbandes M-V 2005, Schwerin, 2005, S. 27

1991 bis 1995 die kulturelle Substanz in den Neuen Ländern, so auch in Mecklenburg-Vorpommern. Durch die Finanzhilfe von Bund und Land bekamen die Kommunen Zeit für den Aufbau neuer Strukturen und für Strukturüberlegungen. Nach Auflösung der Bezirke mussten die kommunalen Verwaltungen auf- bzw. umgebaut werden. Etliche Kultureinrichtungen wurden aus Bezirksverantwortung in die kommunale Trägerschaft übernommen, so z.B. das Volkstheater und die Kunsthalle in Rostock. Im Rahmen der Umbauprozesse kam es in den Kulturverwaltungen und den Kultureinrichtungen zu massivem Personalabbau und oft zum Austausch des Führungspersonals.

Das Kultusministerium der neuen, CDU-geführten Landesregierung koordinierte die Förderprogramme und erarbeitete eine erste Kulturkonzeption. In den Landtagsdebatten wurde u.a. über die Gründung einer Kulturstiftung Mecklenburg-Vorpommern, die neue Bibliotheksstruktur und eine zukunftsfähige Theaterstruktur debattiert. Schnell war klar, dass die kommunalen Träger wegen der prekären Wirtschaftslage und ausbleibenden Steuereinnahmen mit der Finanzierung dieser personal- und kostenintensiven Aufgabe überfordert waren.

Nachdem dem Zusammenbruch der DDR 1989 wurde aus den drei nördlichen Bezirken 1990 das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Besonders der Ostseebezirk und die Bezirksstadt Rostock waren als internationaler Seehafen und Wirtschaftsstandort von besonderer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung für die Staats- und Parteiführung der DDR gewesen. Das zeigte sich auch im kulturellen Bereich: das Volkstheater Rostock zählte zeitweise zu den wichtigsten Bühnen und mit der Kunsthalle wurde der erste Museumsneubau der DDR errichtet. Hier war seit 1969 neben Sonder- und Wechselausstellungen die „Biennale der Ostseeländer“, d.h. zeitgenössische Kunst aus dem Ostseeraum zu sehen. Als „Fenster zur Welt“ zählte die Kunsthalle bis zu 130.000 Besucher jährlich. Mit dem Ende der zentralistischen Kulturpolitik erlebte sie wie viele Museen in Ostdeutschland einen Besuchereinbruch und Bedeutungsverlust. Die Stadt Rostock musste nach 1990 ihre Kultureinrichtungen neu ordnen – und schien damit überfordert. Allein im musealen Bereich gab es neben der Kunsthalle das kulturhistorische Museum, das Heimatmuseum, das Schiffbaumuseum und das Schifffahrtsmuseum, das eine lange Museumstradition seit 1859 hat.

Als 1990 nicht Rostock, sondern die ehemalige Residenzstadt Schwerin zur neuen Landeshauptstadt gewählt wurde, erfuhren auch die Kultureinrichtungen der Stadt neue Aufmerksamkeit durch die Politik. Das Schweriner Museum sah sich gleichwohl mit einem Publikumsverlust konfrontiert: von 93.000 Besuchern 1987 auf nur noch 34.000 im Jahr 1992.³⁹ Bis 1989 hatte das Leitmuseum „neben Leipzig als drittes der führenden Kunstmuseen der DDR“⁴⁰ gegolten. Im neuen System wurde das Museum mit seinem repräsentativen Galeriegebäude und der umfangreichen Sammlung zur Landeseinrichtung ernannt und ist seit 1990 als Staatliches Museum Schwerin in Landesträgerschaft.

Rostock konzentrierte sich nach der Niederlage im Rennen um politische Bedeutung als Regierungssitz auf sein Potential als Hochschulstandort - mit Erfolg: 1994 wurde die neue Hochschule für Musik und Theater eingeweiht.

Neben dem Umbau des städtischen Theaters und anderen Kultureinrichtungen initiierte der Kultursenator 1994 eine Verwaltungsstrukturreform der städtischen Museen. Die Zusammenführung in einem neuen Amt sollte kostensparende Synergieeffekte haben. Stattdessen kam es zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand und Kommunikationsbedarf, vor allem aber verloren die Museumsleitungen ihre Eigenständigkeit.

Die Mehrzahl der Museen im Land war und ist stadt- und kulturhistorischer Natur. Auch in Greifswald gab es 1990 ein Stadtmuseum. Das reichte der Stadtregierung nicht mehr und sie beschloss gemeinsam mit der Universität die Initiative zu einer Museumsneugründung. Das Kultusministerium leitete die Idee an das Bundesinnenministerium weiter, das im deutschen Kulturföderalismus nur für Museen von nationaler Bedeutung zuständig war - und für die Förderung der Vertriebenenkultur. Da die Pommersche Landsmannschaft in Kiel bis zu diesem Zeitpunkt noch kein eigenes Museum hatte wie andere Vertriebenenverbände und sich mit der deutschen Wiedervereinigung die Rahmenbedingungen verändert hatten, d.h. ein Museum auf dem Gebiet der ehemaligen Region Pommern möglich war, befürwortete der Bund die Museumsgründung in

³⁹ Staatliches Museum Schwerin: Jahrbuch 2000. Schwerin, 2002, S. 29

⁴⁰ Ebd., S. 14

Greifswald. Die Verhandlungen zwischen Bund, Land, Stadt und Landsmannschaft begannen 1992 und wurden 1996 mit Errichtung einer Museumsstiftung abgeschlossen.

3. Mitte der 1990er bis ins neue Jahrtausend: Bedeutungswandel und Neuanfang

1995 endeten die Bundesprogramme zum Schutz der kulturellen Infrastruktur in Ostdeutschland, neue Förderprogramme zur Aufbauhilfe traten in Kraft. Zu einer echten Neuerung in der Bundeskulturpolitik kam es 1998 unter der neuen, SPD-geführten Regierung: die Einrichtung des Amtes des/r Bundesbeauftragte/n für Kultur und Medien (BKM). Darin wird die logische Fortsetzung der systematischen Bundeskulturpolitik gesehen, die mit den temporären Bundeshilfen für Ostdeutschland begonnen hatte.⁴¹ Das BKM führte 1999 mit dem Programm „Kultur in den neuen Ländern“ die Unterstützung der Kulturentwicklung nach dem Prinzip der Ko-Finanzierung durch Länder und Gemeinden fort.

Die Schwerpunkte dieser „Hilfe zu Selbsthilfe“-Förderung legten die jeweiligen Landesregierungen fest. In Mecklenburg-Vorpommern konzentrierten sich die ersten zwei CDU-geführten Kabinette auf den Denkmalschutz, den Erhalt der historischen Baukultur, besonders Backsteingotik und Schlösser- und Bäderarchitektur, und auf die Profilierung als „Musikland M-V“. Eine Kulturkonzeption wurde zwar nie abschließend vom Landtag beschlossen, ihre Erarbeitung aber in jedem der bisher sechs Koalitionsverträge vereinbart.

In Greifswald wurde nach der Errichtung der Museumsstiftung 1998 mit dem Bau des Museumskomplexes begonnen. Die Bau- und Investitionskosten von insgesamt 37 Mio. DM teilten sich Land und Bund hälftig. Die Stadt Greifswald investierte neben Liegenschaften und Sammlungsbeständen zusätzlich knapp 7 Mio. DM in die städtische Infrastruktur, um ihre kulturelle Attraktivität zu verbessern.⁴² Mit der Teileröffnung erhielt auch der vorpommersche Landesteil 2001 ein eigenes „Landesmuseum“.

Im Staatlichen Museum Schwerin erholten sich die Besuchszahlen nur langsam und blieben seit 1994 meist unter 30.000 jährlich.⁴³ Mit Investitionen in Modernisierung, Sanierung und Anbau konnte das Museum seine nationale Bedeutung und internationalen Kooperationen ausbauen. Auch für die Sammlungserweiterung standen hohe Beträge zu Verfügung. 1998 gründete sich auf die Initiative der engagierten Direktorin in Schwerin ein eigener Dachverband der Kunstmuseen und Galerien – außerhalb des Museumsverbandes des Landes.

Ganz anders verlief die Entwicklung in Rostock, hier wurden die Bedingungen zunehmend schwerer. Zwar konnte die Schließung der Kunsthalle 1993 verhindert werden, aber nach 15 Ausgaben endete die „Ostsee-Biennale“. Die neue, seit 1991 tätige Direktorin hatte an der Ausstellungsreihe zunächst noch festgehalten. Nachdem der Kosten- und Organisationsaufwand aber zu groß wurde und die städtische Verwaltung wiederholt eine Verschiebung anregte, wurde die Reihe 1996 eingestellt. Damit gab es auch kein institutionalisiertes Kooperationsprojekt mehr mit dem Kultusministerium, Schleswig-Holstein und anderen Ostseeanrainern, das der Kunsthalle zusätzliche Fördergelder und überregionale Aufmerksamkeit gebracht hatte. Das neue Ausstellungsprogramm entsprach nicht den Sehgewohnheiten und Erwartungen der Rostocker, eigene Bestände waren nur selten zu sehen. Die Besuchszahlen stagnierten, städtische Gelder wurden weiter gekürzt und das Klima verschlechterte sich. Heftige Kritik an der Kunsthallenleitung wurde z.T. in der Lokalpresse platziert. Die mangelnde Unterstützung in Politik und Bevölkerung führten schließlich zum offenen Streit. 1999 gab die Direktorin ihr Amt auf. Ihre Nachfolgerin war nach einem holprigen Start erst 2001 rechtskräftig im Amt. Die Rostocker Stadtpolitik konzentrierte sich seit 1995 unter dem neuen SPD-Oberbürgermeister auf Infrastrukturprojekte, die der Stadt ein hohes Defizit bescherten und von Kritikern als überdimensioniert betrachtet werden. Die Kultur kam dabei zu kurz, Investitionen im kulturellen Bereich blieben aus.

⁴¹ Vgl.: Die Kulturpolitik des Bundes. Interview mit Monika Griefahn, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. in: Kulturpolitische Mitteilungen, III/ 2003, Nr. 102, S.18-20

⁴² Vgl.: Drs 2/1898: Errichtung einer Stiftung Pommersches Landesmuseum in Greifswald. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 17.09.1996

⁴³ Staatliches Museum Schwerin, 2002, S. 29

4. Aufkommende Verteilungskämpfe und Neubeginn: 2000 bis zur Gegenwart

Der Bund beendete 2003 seine Kulturentwicklungsprogramme in Ostdeutschland, fördert dort aber seit 2001 unter dem Label „Leuchtturmförderung“ große Kultureinrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung. Grundlage hierfür ist das sog. Blaubuch, das in Mecklenburg-Vorpommern zwei Museen (Schwerin und Stralsund) sowie vier „kulturelle Gedächtnisorte“ verzeichnet, die sich um eine Projektförderung des Bundes bewerben können.

Nach den Landtagswahlen 1998 war es unter SPD-Führung zur ersten rot-roten Landesregierung in Deutschland gekommen, die nach zwei Legislaturperioden 2006 endete. Das Kultusministerium hielt an den Schwerpunkten Denkmalschutz, Baukultur und Musikförderung fest, auch wenn bislang mit jeder Wahlperiode der oder die zuständige Minister/in wechselte. Der seit 2011 amtierende Kultusminister konzentriert sich auf kulturelle Bildung und die Reform der kulturellen Projektförderung. Mecklenburg-Vorpommern verfolgt seit 2006 einen Konsolidierungskurs, was Investitionen im Kulturbereich erschwert. Dennoch gab es eine Reihe von musealen Neugründungen im Land, die neben Städtebaugeldern vom Bund auch durch das Wirtschaftsministerium, Stichwort Tourismusförderung, gefördert wurden: 2007 das Müritzeum in Waren, 2008 das Ozeaneum in Stralsund und 2012 das phanTechnikum in Wismar, das das Technische Landesmuseum in Schwerin ersetzte.

Nachdem das Staatliche Museum Schwerin 2001 in die Leuchtturmförderung des Bundes aufgenommen wurde, konnten nicht nur die Ausstellungs-, sondern auch die Forschungsaktivitäten ausgebaut werden. Das Museum wurde 2005 zum „Museum des Jahres“ gewählt und setzte sein Programm auch mit dem neuen Direktor ab 2009 erfolgreich fort. 2012 wurde mit Hilfe des Bundes und weiteren Sponsoren eine umfangreiche Sammlung von Günther Uecker erworben. Der dafür ursprünglich geplante Neubau wurde allerdings von der Landesregierung aus Spargründen gestrichen.

Seit 2000 zeigt die Gemäldegalerie des Pommerschen Landesmuseums die Stettiner Sammlung, erst 2005 öffnete der mehrteilige Museumskomplex, der auch das ehemalige Stadtgeschichtsmuseum umfasst. Dieses Greifswalder Museum wurde 1999 nach 70 Jahren Ausstellungstätigkeit geschlossen und seine Bestände an das Pommersche Landesmuseum übergeben. Das neue Museum war zwar neu, aber nicht ohne Vorgeschichte: Standort und Gebäude waren durch die museale Nutzung schon vor der Eröffnung des Pommerschen Landesmuseums Teil des städtischen Kulturgefüges. Zudem baute das Museum auf drei Sammlungsbestände und zahlreiche Dauerleihgaben auf. Seit 2005 sind nicht nur die Dauerausstellung zur Kultur- und Landesgeschichte Pommerns, sondern auch wechselnde Kunstaussstellungen zu sehen. Das Pommersche Kulturreferat bietet grenzüberschreitende Kultur- und Bildungsprojekte an.

In Rostock hat sich die finanzielle Situation nicht verbessert, im Gegenteil: bis 2008 war mit 220 Mio. Euro der höchste Schuldenstand erreicht. Auch die zweite Direktorin der Kunsthalle hat angesichts der schwierigen Bedingungen, unzureichenden Ausstellungsetats und fehlendem politischen Willen in der Stadt, in die Museen zu investieren - das Schifffahrtsmuseum wurde 2003 geschlossen, das Heimatmuseum 2005 an einen neuen Träger übergeben - 2006 ebenfalls gekündigt. Nach drei Jahren kommissarischer Leitung begann 2009 mit einem halbprivaten Betreibermodell unter der Leitung eines Vereins eine neue Phase für die Kunsthalle, die trotz mehrfacher Schließungsszenarien Teil des städtischen Kulturlebens ist.

Kurzbiographie:

Stefanie Kracht (*1981) studierte Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Rostock und dem IEP de Lyon. Nach dem Studienabschluss war sie seit 2007 in der Hamburger Kulturbehörde und der Hamburgischen Kulturstiftung beschäftigt. Seit 2012 promoviert sie zu Aspekten kultureller Umbauprozesse am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock bei Prof. Dr. Nikolaus Werz.

Einleitung

- 1.1 Thema
- 1.2 Quellenlage
- 1.3 Forschungsgegenstand
- 1.4 Vorgehensweise und Methoden

II. Museen in Mecklenburg-Vorpommern

- 2.1 Entwicklung der Museen seit 1990
- 2.2 Merkmale der Kulturlandschaft: traditionelle Künstlerkolonien, Personalmuseen und neue Science-Center
- 2.3 Zur Bedeutung der Kunst- und Kunstmuseen
 - 2.3.1 Das Pommersche Landesmuseum Greifswald
 - 2.3.2 Die Kunsthalle in Rostock
 - 2.3.3 Das Staatliche Museum Schwerin

III. Kulturpolitik auf föderaler und kommunaler Ebene seit Gründung des Bundeslandes 1990

- 3.1 Auflösung der Bezirksstruktur und Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen
 - 3.1.1 Kurze Darstellung der Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern
 - 3.1.2 „Kultur im ländlichen Raum“: Landesraumplanung und Kreisgebietsreformen
- 3.2 Die neue Landesregierung und Gründung des Kultusministeriums 1990
 - 3.2.1 Die bisherigen Kultusminister und Kultur in den Koalitionsverträgen
 - 3.2.2 Förderschwerpunkte der Kulturpolitik
 - 3.2.3 Kulturentwicklungsplanung und Strukturentscheidungen
 - 3.2.4 Kulturpolitische Instrumente: Förderrichtlinie „Kultur“, Kulturbeirat und Landeskulturkonferenzen
- 3.3 Kultur in der Kommunalpolitik von Greifswald, Rostock und Schwerin
 - 3.3.1 Anknüpfung an museale Traditionen
- 3.4 Organisierte Selbsthilfe: Entstehung kultureller Dach- und Interessenverbände
 - 3.4.1 Bürgerschaftliches Engagement: Fördervereine und Freundeskreise
- 3.5 Kulturpolitik des Bundesstaates in den Grenzen des Kulturföderalismus
 - 3.5.1 Geförderte Bereiche, institutionelle und Projektförderung

IV. Zusammenbruch der DDR 1989/90: die drei nördlichen Bezirke

- 4.1 Der Ostseebezirk und die Bezirksstadt Rostock
 - 4.1.1 Die Kunsthalle und die „Biennale der Ostseeländer“: Entstehungsgeschichte und Bedeutung
 - 4.1.2 Weitere Kultureinrichtungen der Stadt
- 4.2 Bezirksstadt Schwerin: Alte Residenzstadt im Dornröschenschlaf
 - 4.2.1 Das Schweriner Museum in der Gemäldegalerie als Leitmuseen der DDR?
 - 4.2.2 Weitere städtische Museen und Kultureinrichtungen
 - 4.2.3 Zeugnisse des herzoglichen Geschichte
- 4.3 Greifswald: Vernachlässigte Universitätsstadt im östlichen Grenzgebiet
 - 4.3.1 Das Stadtmuseum Greifswald
 - 4.3.2 Reste einer pommerschen Identität?
- 4.4 Bezirksstadt Neubrandenburg und die städtische Kunstsammlung

V. Neuanfang nach dem Systemwechsel: 1990 - 1995

- 5.1 Kulturschutz in den Neuen Ländern: Grundlagen in Einigungsvertrag und Grundgesetz
 - 5.1.1 Unterstützung vom Bund: temporäre Förderung der kulturellen Infrastruktur
- 5.2 Zur Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern
 - 5.2.1 Erste kulturpolitische Debatten im Landtag

- 5.2.2 Konzeptionen, Strukturüberlegungen und grundlegende Entscheidungen
- 5.2.3 Die „Aufbau“-Kultusminister/innen (1990-1998)
- 5.3 Die kommunale Kulturpolitik
 - 5.3.1 Verwaltungsumbau, Personalabbau und Elitentransfer
 - 5.3.2 Integration ehemaliger Bezirkseinrichtungen und Strukturentscheidungen
- 5.4 Die Hanse- und Universitätsstadt Greifswald: „Klein, aber fein“
 - 5.4 Neues Selbstbewusstsein und Unterstützung aus den alten Bundesländern
 - 5.4.1 Gemeinsame Initiative für ein neues Museum
 - 5.4.2 Exkurs: Bundesförderung der Vertriebenenkultur und die Pommersche Landsmannschaft in Kiel
- 5.5 Hafenstadt Rostock: Niedergang der Wertindustrie und politischer Bedeutungsverlust
 - 5.5.1 Identitätssuche im neuen System: finanzielle Probleme, Ausbau der Infrastruktur und Positionierung als Hochschulstandort
 - 5.5.2 Neuordnung der Kultureinrichtungen in kommunaler Verantwortung
 - 5.5.2.1 Verwaltungsstrukturreform der städtischen Museen
 - 5.5.3 Kunsthalle: Neue Direktorin und verändertes Ausstellungsprofil
- 5.6 Die neue Landeshauptstadt Schwerin: Aufwertung und neuer Glanz
 - 5.6.1 Wettbewerb um das neue politische Zentrum: Rostock oder Schwerin?
 - 5.6.2 Staatliches Museum Schwerin: Neuer Status als Landeseinrichtung
 - 5.6.2.1 Personalabbau und Berufung der neuen Direktorin

VI. Aufbau und Fortführung der musealen Einrichtungen ab 1996

- 6.1 Etablierung der Bundeskulturförderung
 - 6.1.1 Ende der temporären Aufbauhilfe und neue Programme zur fortgesetzten Kulturentwicklung (1995 und 1996)
 - 6.1.2 Einrichtung des Amtes der/s Beauftragten für Kultur und Medien (1998)
 - 6.1.3 Neue Schwerpunkte und Fortentwicklung der Bundeskulturpolitik (ab 1999)
- 6.2. Kontinuität und Wandel der Kulturpolitik unter der rot-roten Landesregierung ab 1998
 - 6.2.1 Neue und alte Förderschwerpunkte, Entwicklung des Kulturerats
 - 6.2.2 Kultusminister ohne kulturelles Profil?
- 6.3 Greifswald: Planung und Aufbau eines neuen Landesmuseums
 - 6.3.1 Nach langen Verhandlungen: die Museumsstiftung und ihre Stifter (1992-1996)
 - 6.3.2 Berufung des Gründungsdirektor, Museumskonzept und Museumsbau (1996-2000)
- 6.4 Kunsthalle: Ambitionierte Direktorin ohne Publikumserfolg
 - 6.4.1 Ende einer Tradition: Die letzte „Ostsee-Biennale“ 1996
 - 6.4.2 Unverständnis bis zum Schluss: anhaltende Kritik und offener Streit
 - 6.4.3 Kündigung der Direktorin und Reaktionen (1999)
- 6.5 Das Staatliche Museum Schwerin mit neuem Anspruch
 - 6.5.1 Modernisierung, internationale Kooperationen und Sammlungserweiterung
 - 6.5.2 Ausstellungsprogramm und Präsentation der eigenen Bestände

VII. Verlangsamung des Umbaus und Etablierung im neuen Jahrtausend?

- 7.1 Bundesförderung für „kulturelle Leuchttürme“: Das „Blaubuch“-Verzeichnis gesamtstaatlich
bedeutender Kultureinrichtungen ab 2001
 - 7.1.1 Ende der Aufbauprogramme in Ostdeutschland 2003
- 7.2 Mecklenburg-Vorpommern: Kulturförderung oder Tourismusentwicklung?
 - 7.2.1 Regierungswechsel 2006: Ende der rot-roten Regierung und Konsolidierungskurs
 - 7.2.2 Förderung der Event- und Festivalkultur
 - 7.2.3 Auch ein Politikwechsel? Kulturpolitik in der großen Koalition
 - 7.2.4 Neue Natur- und Technikmuseen im Land
 - 7.2.5 Exkurs: Ergebnislose Theaterstrukturdebatte seit 1990

- 7.3 Greifswald: Ein Landesmuseum für den vorpommerschen Landesteil
 - 7.3.1 Schließung des Stadtmuseums und Umzug der Stettiner Gemäldesammlung (1999)
 - 7.3.2 Teileröffnung der Gemäldegalerie und Errichtung der Fördergesellschaft (2000)
 - 7.3.3 Eröffnung des Museumskomplexes (2005): Ein Haus für die Kultur - und Landesgeschichte der historischen Region Pommern
 - 7.3.4 Herkunft, Umfang und Qualität der Sammlungsbestände
 - 7.3.5 Museumsaktivitäten: Aufbau der Dauerausstellung, Wechselausstellungen und Kulturvermittlung durch das Pommersche Kulturreferat
 - 7.3.6 Teil der Stadtgesellschaft: Fördergesellschaft und Museum als Treffpunkt
- 7.4 Die Kunsthalle in Rostock: Zuspitzung der finanziellen Situation der Stadt
 - 7.4.1 Schwerpunkte Infrastruktur und Events: Fehlinvestitionen und Millionenverluste
 - 7.4.2 Kulturabbau: Schließung und Privatisierung zweier städtischer Museen
 - 7.4.3 Kunsthalle: Versuch eines Neustarts mit neuer Direktorin (2000- 2006)
 - 7.4.3.1 Kommissarische Leitung und öffentliche Ausschreibung der Ausstellungsbetriebs
 - 7.4.3.2 Betreiberwechsel zum 40jährigen Bestehen: Die Kunsthalle in Vereinsverantwortung
 - 7.4.4 Suche nach städtischen Museumskonzept und Kulturentwicklungsplanung
 - 7.4.5 Blick nach vorn: Vorbereitungen zum Stadtjubiläum 2019
- 7.5 Schwerin auf dem Weg zur Kulturhauptstadt des Nordens
 - 7.5.1 Vielfältige Aktivitäten: Schlossfestspiele, Kultur- und Gartensommer und die BUGA (2009)
 - 7.5.2 Initiator Staatliches Museum Schwerin: Interessenverband und Kunsthochschule
 - 7.5.3 Aufnahme ins Blaubuch und Ausbau der Forschungsaktivitäten (ab 2001)
 - 7.5.4 Museums des Jahres und Bundesmittel zur Provenienzforschung
 - 7.5.5 Nach dem Direktorenwechsel: Sammlungserweiterung und schwindende Unterstützung der Landesregierung

VIII. Schlussfolgerung

- 8.1 Drei Museumsstandorte im Vergleich
 - 8.1.1 Vor- und Nachteile der verschiedenen Trägermodelle
- 8.2 Bedingungen für eine gelungene kommunale Kulturpolitik
 - 8.2.1 Braucht es eine/n Kulturstaatsminister/in bzw. Kulturbeauftragte/n im Land?
- 8.3 Finanzielle Engpässe verhindern die kooperative Kulturförderung

IX. Quellen- und Literaturverzeichnis

Anhang

In „Erinnerungsopposition“ zum antifaschistischen Geschichtsbild – Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR 1970-1990.

Von Kerstin Lorenz

Der Umgang mit der NS-Geschichte erfolgte in der DDR nach den Prämissen einer als antifaschistisch bezeichneten Geschichtspolitik, die die Erfahrungen des kommunistischen Widerstandskampfes auf die gesamte DDR-Gesellschaft übertrug. Das Schicksal der verfolgten Juden war in dieser Darstellung nur eines unter vielen Opfergruppen; die eigentlichen Ursachen und Motive der nationalsozialistischen Judenverfolgung blieben unbenannt.

In den christlichen Kirchen in der DDR entwickelte sich ein anderer Umgang mit dem Judentum. Dieser hatte seinen Ausgangspunkt in der Erkenntnis, dass traditionelle, theologisch verwurzelte, christliche Vorurteile gegenüber dem Judentum den modernen Antisemitismus befördert hatten. Es war die Frage nach Schuld und Sühne, die die Christen nach 1945 bewegte, ihr Verhältnis zum Judentum neu zu bestimmen. Zum gesamtdeutschen Kirchentag 1961 in Berlin hatten sich die Kirchleitungen gegen eine Fortsetzung der Judenmission in Deutschland ausgesprochen. In der DDR blieb die „Mission“ bis 1967 jedoch dem Namen nach bestehen. Erst 1968 erfolgte die Umbenennung in "Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum". Den entscheidenden Impuls erhielt das Verhältnis zwischen Juden und Christen in der DDR ab 1971: Unter der Leitung des Leipziger Pfarrers Siegfried Theodor Arndt entwickelte sich die christlich-jüdische Arbeit zu einer Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden, die den christlichen Antijudaismus überwinden und ein „wahres“ Verständnis vom Judentum ohne christliche Brille vermitteln wollte. Der Dialog zwischen Christen und Juden in der DDR hatte seine eigenen Gesetze und Bedingungen: eine kirchen- und religionsfeindliche Umwelt; die Schwäche der jüdischen Gemeinden aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahlen, ihrer finanziellen Situation und der Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen; dem Deutungsanspruch des Staates über die Vergangenheit; die Zensur für wissenschaftliche Literatur zum Judentum und Israel; fehlende gesellschaftliche Gestaltungsräume; die Beschränkung des gegenseitigen Austauschs über die Grenzen der DDR hinaus.

Die politische Dimension der christlich-jüdischen Begegnung in der DDR ist jedoch nur im Kontext der Lage der jüdischen Gemeinden und der Evangelischen Kirche in der DDR sowie ihres Verhältnisses zueinander zu verstehen. Autonomieräume gegenüber dem SED-Staat, über die die jüdischen Gemeinden nicht verfügten, ermöglichten es der Kirche, inhaltlich und öffentlich auf Distanz zur politischen Linie zu gehen – auch im Verhältnis zum Judentum und zu Israel. Christen und Juden in der DDR entwickelten inhaltlich neue, unabhängige Formen des Gedenkens und konnten das Judentum wieder in das öffentliche Bewusstsein rücken. Über den historischen und theologischen Zugang bot die christlich-jüdische Arbeit in der DDR eine Möglichkeit, sich entgegen der staatlichen Propaganda mit dem Thema Israel zu beschäftigen.

Nun ist der innerkirchliche Wandel der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften bereits erforscht. Doch bleiben die gesellschaftliche Bedeutung und der Einfluss der christlich-jüdischen Gruppen auf die Erinnerungskultur der DDR nur vage umrissen. Einschlägige Arbeiten zum Antifaschismus, zur Erinnerungskultur und zum Judentum in der DDR jedoch betonen die Bedeutung des kirchlichen „Interesses“ an jüdischen Themen oder charakterisieren dies sogar als „Erinnerungsopposition“.

Daher verfolgt das Forschungsvorhaben zwei Ziele: Zunächst soll die christlich-jüdische Arbeit in der DDR hinsichtlich ihrer Akteure, Strukturen, Inhalte und Entwicklung rekonstruiert werden. Der Fokus liegt dabei auf den Arbeitsgemeinschaften in Leipzig, Berlin und Dresden. Diese waren zum einen – in unterschiedlichem Maße erfolgreich – langfristig um die Zusammenarbeit und den Dialog mit Juden bemüht. Zum anderen kennzeichnete sie eine kontinuierliche Bildungsarbeit zum „Verstehen des Judentums“, die sich nicht allein an kirchliche Multiplikatoren oder einzelne Gemeinden richtete, sondern jedem interessierten DDR-Bürger offen stehen sollte und auf eine hohe öffentliche Resonanz stieß. So entwickelte sich

ein Wechselspiel zwischen dem „Angebot“ an Themen und dem „Informationsbedarf“ des Publikums, zu dem neben Christen und Juden auch viele Atheisten gehörten, die sich für die sonst politisch tabuisierten, kaum bekannten Themen wie die „Geschichte Israels“, „Jüdisches Selbstverständnis“ oder „Jüdischer Widerstand in der NS-Zeit“ interessierten. Als eine Art „Volkshochschulersatz“ konnte in den Veranstaltungen über jüdisches Leben und jüdische Glaubenspraxis vor und nach 1945 in der DDR, der Bundesrepublik und in Israel gesprochen werden. Der zweite Schwerpunkt meines Forschungsinteresses liegt in der Rezeption der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften als eigenständige, öffentlich handelnde Erinnerungsakteure im SED-Staat. Hierfür gilt es, die Gratwanderung der Gruppen zwischen kirchlicher Autonomie und kirchenpolitischen Vorgaben durch die staatlichen Stellen, zwischen Sühne- und Aufklärungsabsicht der Erinnerungsarbeit und dem staatlichen Antifaschismus, der eine „Vergangenheitsbewältigung“ nicht vorsah, auszuloten. Dabei geht die Arbeit auch der Frage nach, welche Zusammenhänge zwischen den im Rahmen des christlich-jüdischen Dialogs geschaffenen Erinnerungsräumen, der staatlichen Hinwendung zum Judentum ab Mitte der 1980er Jahre und dem zunehmenden öffentlichen Interesse an jüdischen Themen bestanden haben.

Der Untersuchungszeitraum setzt mit dem Paradigmenwechsel in der christlich-jüdischen Arbeit Anfang der 1970er Jahre ein, als einzelne kirchliche Arbeitsgemeinschaften begannen, sich um ein neues und direktes Verhältnis zu den jüdischen Gemeinden zu bemühen. Das Forschungsvorhaben endet mit dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft, mit dem der hegemoniale Anspruch der SED auf das Geschichtsbild endete.

Kapitelübersicht

Die inhaltlichen Kapitel (II-V) soll hier kurz umrissen werden:

Im *zweiten* Kapitel werden zunächst die historischen, ideologischen und politischen Rahmenbedingungen dargestellt, unter denen sich die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften entwickelten und agierten: der DDR-Antifaschismus als Geburtshelfer, Machtinstrument und Geschichtsverständnis der SED sowie die vom Antifaschismus geprägte Erinnerungskultur in der DDR. Zweitens soll in diesem Kapitel die Situation der Juden und der jüdischen Gemeinden in der DDR beleuchtet werden, die auch Auswirkung auf die christlich-jüdische Arbeit hatte.

Das *dritte* Kapitel widmet sich dem Verhältnis von „Kirche“ und „Judentum“ in der DDR. Die Bereitschaft der Evangelischen Kirche, sich zur (Mit-)Schuld am nationalsozialistischen Judenmord zu bekennen, bildete die Grundlage für die christlich-jüdische Zusammenarbeit. Die eigentlichen Impulse für einen Neuorientierungsprozess kamen von der Kirchenbasis: Nach der Abkehr vom christlichen Missionsanspruch gegenüber Juden sollten Christen ein neues Verhältnis zum Judentum aufbauen. Als „Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum“ DDR-weit miteinander verbunden, hatten es sich einzelne christlich-jüdische Initiativen zum Ziel gemacht, Kenntnisse über das Judentum zu erlangen, ohne es dabei durch die „Brille christlicher Deutung“ wahrzunehmen oder Juden zum Christentum bekehren zu wollen. Ungeachtet der Absichten erschwerten die enorme quantitative Asymmetrie zwischen Christen und Juden in der DDR sowie gegenseitige Berührungängsten das interreligiöse Gespräch.

Der Herausbildung der „Erinnerungsopposition“ widmet sich das *vierte* Kapitel. Die Beteiligung der evangelischen Kirchen der DDR am 40. Jahrestag der Novemberpogrome 1978 war ein Wendepunkt in der ostdeutschen Erinnerungskultur. Die Gedenkveranstaltungen der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften leiteten in der öffentlichen Erinnerung einen Perspektivwandel ein: Sie rückten das Gedenken an die im Nationalsozialismus verfolgten Juden in den Mittelpunkt, der im offiziellen antifaschistischen Geschichtsbild den kommunistischen Widerstandskämpfern galt. Zudem war der 9. November im staatlichen Gedenken bis dahin der Novemberrevolution von 1918 vorbehalten.

In der Untersuchung sollen die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften in Berlin, Leipzig und Dresden besondere Betrachtung erfahren. Diese fassten nicht nur das Erinnern in neue Strukturen, sondern schufen auch institutionell einen Rahmen, in dem in der DDR eine Beschäftigung mit dem Judentum stattfinden konnte, insbesondere im Hinblick auf die NS-

Vergangenheit. Um nicht in der Deskription zu verharren, muss das Forschungsvorhaben auch die Diskrepanz zwischen dem nicht oppositionellen Selbstverständnis der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften und ihrer Zuschreibung von außen als „Erinnerungsopposition“ hinterfragen. Dafür gilt es, die Konfliktlinien, die sich aus dem Umgang mit jüdischen Themen in der DDR ergaben, zu berücksichtigen. Damit erweitert das Dissertationsvorhaben die Betrachtung des Verhältnisses zwischen „Kirche“ und „Judentum“ in der DDR: Es untersucht die politisch-gesellschaftliche Relevanz dieses Verhältnisses. Dies führt im dritten Teil des Kapitels zur Untersuchung der staatlichen Rezeption und Einflussnahme auf den christlich-jüdischen Dialog.

Das *fünfte* Kapitel fragt nach dem Verhältnis von christlich-jüdischer Arbeit und Opposition in der DDR. So beteiligten sich die Arbeitsgemeinschaften seit 1978 an regionalen Kirchentagen mit eigenen Programmen oder Informationsständen neben oppositionellen Gruppierungen. In das Programm der seit 1980 jährlich im November abgehaltenen Friedensdekaden wurden zudem stets die Gedenkgottesdienste und Veranstaltungen eingebettet, die die Arbeitsgemeinschaften anlässlich der Novemberpogrome von 1938 organisierten. Im Rahmen dieser Gedenkveranstaltungen entstanden immer wieder auch spontane öffentlich Aktionen, die die Erinnerung und Mahnung zum Anlass für Kritik am SED-Staat nahmen. Für zeitgenössisch relevante Themen wurden kritische Intellektuelle als Referenten für die Vortragsreihen gewonnen, um beispielsweise über Neofaschismus und Antisemitismus in der DDR zu sprechen. Eine direkte Beteiligung der christlich-jüdischen Gruppen an den Massendemonstrationen im Herbst 1989 war jedoch nicht zu verzeichnen.

Kurzbiographie

Kerstin Lorenz, 1981 geboren, studierte Politikwissenschaft und Neuere/Neueste Geschichte an der TU Dresden und schloss ihr Studium mit der Magisterarbeit zum „Gedenkstättenstreit in Sachsen“ ab. Zur Promotion wechselte sie 2009 an den Lehrstuhl für Neuere Geschichte II (Deutsch-jüdische Geschichte) von Prof. Dr. Thomas Brechenmacher an der Universität Potsdam.

Gliederung

I Einleitung

I.1 Einführung in das Thema

I.2 Ziel und Erkenntnisinteresse

I.3 Inhaltliche und zeitliche Eingrenzung

I.4 Begriffsdiskussion „abweichende Erinnerung“, „Erinnerungsopposition“, „Erinnerungsdissidenz“
oder „Gegenerinnerung“

I.5 Literatur- und Quellenlage

I.6 Methodik

II Allgemeinesgeschichtliche Überlegungen

II.1 Geschichtspolitische Rahmenbedingungen – DDR-Antifaschismus und Erinnerungskultur
1945-1990

II.2 Judentum und jüdische Themen in der DDR – Spiegelbild antifaschistischer Politik

II.3 Zwischenfazit

III Die christlich-jüdische Zusammenarbeit in der DDR

III.1 Das Verhältnis von „Kirche“ zum „Judentum“ in der DDR

III.2 Die Beziehung von Juden und Christen in der DDR – Von der Judenmission zum christlich-
jüdischen Dialog

III.3 Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR

IV Herausbildung zur „Erinnerungsopposition“ – Abweichende Erinnerung im Zentrum und an der Peripherie

IV.1 Das Jahr 1978 als Wendepunkt – Aufbruch in die Öffentlichkeit

IV.2 Die Etablierung der christlich-jüdischen Arbeitsgruppen in der Erinnerungskultur der DDR

IV.2.1 Akteure, Strukturen, Arbeitsweisen, Themen und Handlungsfelder

*Die Arbeitsgemeinschaften: Leipzig, Berlin, Dresden – Zusammenarbeit und Vernetzung – Die
Vortragsreihen – Themenauswahl: Zusammenhang von „Angebot und Nachfrage“ – Leitfigu-
ren – Internationale christlich-jüdische Kontakte*

IV.2.2 „Erinnerungsopposition“ als Selbstwahrnehmung und Außenwahrnehmung – Im Einklang oder im Widerspruch?

IV.2.3 Politisch wirksam – Protest gegen Antizionismus und Politik gegenüber Juden im SED-Staat

IV.2.4 Zwischenfazit

IV.3 Im Visier? Reaktion staatlicher Stellen und Observation

IV.3.1 SED-Kirchenpolitik und christlich-jüdischer Dialog

Kirchenpolitik auf lokaler Ebene: Die Referenten für Kirchenfragen der Räte der Stadt und der Bezirke – Von außenpolitischer Relevanz: SED-Politik und internationale christlich-jüdische Arbeit 1985-1987 – Alles nur geklaut? Die staatliche Gedenkpolitik 1988 zum 50. Jahrestag der Pogromnacht

IV.3.2 Im Visier? Observation und Bearbeitung durch das MfS

V Das Verhältnis der „Erinnerungsopposition“ zur DDR-Opposition

V.1 Das Gedenken an die Pogromnacht als Thema der Opposition

V.1.1 Ins Programm aufgenommen – „Begegnung mit dem Judentum“ auf Kirchentagen und während der Friedensdekaden

V.1.2 „feindlich-negativ“ – Die spontanen „Kerzendemos“ und anderer Protest gegen den SED-Antifaschismus

V.2 Das Jahr 1989 – Zivilgesellschaftlich bestimmte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit

VI Schlussbetrachtung

